



Politische Berichte

Nummer 6 / 11. Jahrgang

16. März 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Nur als Gewaltakt möglich: Anschluß der DDR mit Artikel 23 GG * Arztestreik in Frankreich * VW-Konzern expandiert * Kultusminister gegen Ganztagschulmodelle * GAP-Projekt: Plünderung Nordwest-Kurdistsans

§ 218: Verfassungsklage aus Bayern

Verschärft Verfolgung der §-218-Gegner / Bundesweite Demonstration am 16. Juni 1990

Am 2. März 1990 hat die Bayerische Staatsregierung vor dem Bundesverfassungsgericht Klage gegen die gegenwärtige Handhabung des § 218 eingereicht. Die Notlagenindikation soll gestrichen und die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen aus der gesetzlichen Krankenversicherung auf medizinisch begründete Schwangerschaftsabbrüche beschränkt werden. Es finden zur Zeit mehrere Verfahren gegen Ärzte wegen Verstoß gegen den § 218 statt. Die „Lebensschützer“ steigen zunehmend frecher in die Auseinandersetzung ein.

Die Bayerische Staatsregierung behauptet, es gäbe einen „Mißbrauch“ der sozialen Indikation, weil durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 zwar der „Schutz des ungeborenen Lebens grundsätzlich Vorrang vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren“ genieße, allerdings durch das Fehlen entsprechender Ausführungsbestimmungen die Notlagenindikationsregelung faktisch eine Fristenregelung sei. Die Klageschrift spricht unkorrekt von „sozialer Indikation“ und nicht, wie es im Gesetzesstext heißt, von „Notlagenindikation“. Mit ihrer Klage will die Bayerische Staatsregierung zum einen die Streichung der § 218 b, Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 und des § 219 Absatz 1 Satz 1 erreichen. Die Klage wendet sich ausdrücklich auch gegen die Bezahlung von Schwangerschaftsabbrüchen aufgrund einer Notlagenindikation durch die gesetzliche Krankenversicherung, denn dies widerspreche in besonderem Maße dem Schutz des ungeborenen Lebens. Bei diesem Teil kann sich die Klage auf einen Beschuß des Bundesverfassungsgerichts stützen. Dies hat bereits 1986 festgestellt, daß gegen diese Bestimmung der Versicherungsordnung nur ein Bundesland klagen könne.

In den Memminger Verfahren haben die Anwälte immer wieder darauf hin-

gewiesen, daß es eine alleinige, in Heller und Pfennig auszurechnende „soziale“ Notlage nicht geben kann, sondern daß vielmehr in die Notlage einer ungewollten Schwangerschaft viele Faktoren eingehen. Ziel des Angriffes sind die Ärzte, die Notlagenindikationen ausspielen. Es sollen nur noch „kompetente“, sprich staatstreue Ärzte diese Tätigkeit übernehmen, und die Krankenkassen sollen die Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr bezahlen.

Die Memminger Staatsanwaltschaft ist noch immer im Besitz der Krankenakten von Dr. Theissen. Inzwischen ist auch klar warum. Dreimal versuchte Staatsanwalt Krause, der auch gegen Theissen die Anklage führte, weitere Strafbefehle zu verhängen, zweimal gegen Gynäkologen, die angeblich Theissen Patientinnen zuwiesen. In beiden Fällen setzten die Richter eine Hauptverhandlung an. Die Ärzte wurden freigesprochen, ebenso eine Frau, der illegaler Schwangerschaftsabbruch vorgeworfen wurde. In Neuwied (Rheinland-Pfalz) wurde am 1. März gegen den Gynäkologen Dr. Atif Ergüven und seine Frau ein Verfahren eröffnet. Ähnlich wie im Falle Theissen wurden die Patientenakten beschlagnahmt und sollen nun als Beweismaterial für angeblich illegalen Schwanger-

schaftsabbruch und falsche Abrechnung dienen.

Die Bewegung gegen den § 218 sieht sich einer Reihe von Problemen gegenüber: Innerhalb der nächsten Monate ist mit der Aufnahme des Verfahrens gegen Dr. Theissen in zweiter Instanz zu rechnen. An vielen Orten treten die „Lebensschützer“ verstärkt auf und versuchen, Gegner des § 218 dingfest zu machen. Diese Angriffe sind ernstzunehmen und nicht, wie unter Gegnern des § 218 teilweise üblich, relativ leicht abzutun, etwa mit dem häufig geäußerten Argument, die Lebensschützer und die Bayerische Staatsregierung seien eine kleine radikale Minderheit. Selbst wenn das so wäre, ihre Argumente entlarven sich nicht von selbst, und sie haben entzunehmende Macht- und Gewaltmittel in der Hand.

Das Bündnis „Frauen begehrn Selbstbestimmung“ ruft für den 16. Juni 1990 zu einer bundesweiten Demonstration in Bonn unter den Losungen auf: „Für die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch — jetzt! Für das ungeteilte Selbstbestimmungsrecht der Frau“. Ohne Einigung auf konkrete Schritte gegen die gegenwärtigen Angriffe wird eine solche Demonstration nicht die gewünschte Wirkung erzielen und auch keine ausreichend breite Basis finden. — (elf)



100000 Giftgasgranaten, gefüllt mit 400 Tonnen Nervengiften VX und Sarin, lagern in diesem US-Stützpunkt in Clausen im Pfälzer Wald. Ab Juli sollen die Granaten ersatzlos abtransportiert werden. Bis September soll die Verschiffung in Nordenham abgeschlossen sein, ein Schiff bringt die Granaten dann zur Vernichtung auf ein Pazifik-Atoll. 500 US- und Bundeswehrsoldaten sichern den Transport. — (rül)

Nicaragua: Bauern rebellieren

Hauptverluste der Sandinisten auf dem Land

Ihre größte Niederlage mußten die Sandinisten in den Grenzregionen zu Costa Rica und Honduras hinnehmen. Hier erhielten sie weniger als 30 Prozent, im Landesdurchschnitt 41 Prozent. Ihre Hauptstütze haben die Sandinisten in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung, in den Städten, wo sie teilweise über 50 Prozent der Stimmen erreichen konnten. Das läßt berechtigte Zweifel aufkommen an der These der us-amerikanischen Presse (I), wonach „Hunger“ und „Inflation“ die Sandinisten besiegt haben. Denn ihre größten Verluste lagen ausgerechnet in den ländlichen Gebieten, in denen eigentlich das Problem der Nahrungsmittelversorgung weniger krass sein müßte als in den Städten.

Aber trotz der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Landreform hat sich an der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft in den letzten zehn Jahren nicht viel geändert. Hauptprodukte sind nach wie vor die landwirtschaftlichen Rohstoffe Kaffee und Baumwolle. Die Selbstversorgung Nicaraguas mit Nahrungsmitteln ist nicht gewährleistet, etwa 30 Prozent der Grundnahrungsmittel Mais und Bohnen müssen importiert werden. So konnte das von den USA verhängte Handelsembargo, dem die westeuropäischen Staaten weitgehend folgten, vor allem gegen ehemalige Landarbeiter und kleine Bauern wirken. Auch wenn die RGW-Staaten als Abnehmer von Kaffee und Baumwolle auftraten, nahmen sie doch etwa nur die Hälfte des Umfangs der früheren Ex-

porte ab. Die Sanktionen gegen Nicaragua bewirkten zudem, daß die für Monokultur notwendigen Düngemittel und Pestizide nicht importiert werden konnten.

Die allgemeine Wehrpflicht, die jeden Nicaraguaner zwischen 16 und 35 für ein Jahr in die Armee zwang, wirkte in den kleinbäuerlichen, äußerst arbeitsintensiven Landwirtschaften katastrophal. Hier ist zur Sicherung der Existenz jede Arbeitskraft notwendig. Entzug von Arbeitskräften bewirkt direkt einen verringerten Anbau und eine verminderte Ernte.

Die von der US-Regierung mit etwa 2 Millionen Dollar materiell und politisch unterstützte Koalition UNO hat erklärt, daß sie zum einen die allgemeine Wehrpflicht sofort abschaffen wolle und zum anderen die Landreform nicht rückgängig machen werde, sondern für höhere Verkaufspreise für die Produzenten sorgen wolle. Ob sie ihr Programm durchsetzen kann, ist zweifelhaft. Die unter Somosa in Nicaragua wirkenden US-Konzerne Exxon, RJR Nabisco, Pennwalt und BAT Industries haben erklärt, daß sie nun ins Land zurückkehren wollen. Die immer noch in Waffen stehende Contra besteht zu großen Teilen aus direkten Anhängern der früheren Großgrundbesitzer, von denen viele in den USA auf ihre Rückkehr warten und die ihre alten Besitzansprüche aufrechterhalten.

Quellenhinweis: (I) siehe Newsweek v. 8.3., International Business Week v. 12.3., Times v. 8.3.; Fischer Almanach 1980 u. 1989 — (uld)

Demonstration gegen „Schwarz-Braun“ und Großdeutschland



Am 10. März demonstrierten 1000 Leute gegen eine „schwarz-braune“ Herrschaft im Münchener Rathaus, die mit den Kommunalwahlen am 18.3. möglich wird. Das Aktions-

bündnis „Antifaschistischer Ratschlag“ wird u.a. von GEW, IG Medien und HBV unterstützt. Auf der DGB-Veranstaltung zum Frauentag wurde ebenfalls aufgerufen. — (dil)

Postvertriebsstück G 7756 D

Antiimperialistischer Kongreß am 31. März / 1. April

Ein Bündnis von MLPD, VSP und weiteren westdeutschen und türkischen Organisationen und Personen führt am 31.3./1.4. einen antiimperialistischen Kongreß durch. Die Konferenz wird eröffnet mit einem Plenum: „Herausforderungen durch den EG-Binnenmarkt und die neuen Bestrebungen zur Ostexpansion“. In elf Arbeitsgruppen soll über die imperialistische Politik der BRD diskutiert werden. Am Sonntag soll in Abschlußplenum über Grundlagen und Aufgaben der weiteren Zusammenarbeit beraten werden. Anmeldung: P. Borgward, c/o MLPD, Rellinghäuser Str. 334, 4300 Essen. — (jöd)

Demonstration gegen die Annexion der DDR am 12. Mai

Am 3.3. fand das zweite Bündnistreffen für eine Demonstration gegen den deutschen Nationalismus und die Kolonialisierung Osteuropas statt. Eingeladen hatte die „Radikale Linke“, darunter Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen. An den Beratungen beteiligten sich BWK, DKP, Judos, KB, MLPD, SDAJ, Volksfront, VSP, Leute aus dem

grün-alternativen Bereich (GAL) und von örtlichen Bündnissen. Vereinbart wurde, am 12. Mai in Frankfurt zu demonstrieren. Die Demonstration soll unter der Losung: „Nie wieder Deutschland! Demonstration gegen deutschen Nationalismus und gegen die Kolonialisierung und Annexion der DDR“ stehen. Die Beratungen über einen gemeinsamen Aufruf dauern an. Sie sollen am 16. März und am 8. April fortgesetzt werden. — (jöd)

Druck-Tarifverhandlungen: Kein BVD-Angebot

Die Tarifverhandlungen für die 172000 Beschäftigten der Druckindustrie wurden in der vergangenen Woche ohne Angebot des Bundesverbandes Druck (BVD) auf den 29. März vertagt. Der BVD hatte bereits zuvor die 10,5%-Forderung der IG Medien als „absurde Lohnforderung“ bezeichnet und erklärt, auch für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit um zwei auf 35 Stunden keine „nachvollziehbaren Argumente“ zu finden. Die IG Medien geht von Preisseigerungen von 3 bis 4%, einem Produktivitätszuwachs von über 3% und Reallohnverlusten — beziffert auf 0,3% — aus. Das von Burda

Rebmann ermittelt auch gegen Staatsbürger der DDR

Bundesanwalt Rebmann hat ein neues Ermittlungsverfahren eröffnet. Seine Behörde ermittelt gegen den in der DDR lebenden sog. „Kanzlerspion“ Guillaume. Dieser habe zugegeben, in der DDR Agentenführer ausgebildet zu haben. Gleichzeitig bekräftigte Rebmann, der Haftbefehl gegen den früheren Geheimdienstchef der DDR, Markus Wolf, bleibe aufrecht erhalten. Ihm werde möglicherweise auch noch „Landesverrat“ vorgeworfen. Diese Ausdehnung der Verfolgungen auf fremdes Staatsgebiet verspricht reiche Beute: Immerhin läßt sich so fast jedem ehemaligen SED-Beamten und -Wirtschaftsführer „Landesverrat“ vorwerfen. Dazu paßt auch der in der Presse angekündigte Rebmann-Nachfolger: Alexander von Stahl, ehemaliger FDP-Justizstaatssekretär in Westberlin, kennt die dortige Linke genau und wird also bei der „Säuberung“ der Stadt für die ihr zugedachte Hauptstadt-Funktion reiche Erfahrungen in sein neues Amt mitbringen. Zudem ist der Mann vom baltischen Adel, bringt also auch für weitere Ostexpansion den richtigen Stammbaum mit ins Amt. — (rül)

Aktuell in Bonn**Gemeindefinanzbericht**

Mit einer Zunahme der Verschuldung von Städten und Gemeinden im Jahr 1990 rechnet der Deutsche Städetag in seinem jetzt vorgelegten „Gemeindefinanzbericht“. Die Steuereinnahmen der Gemeinden würden 1990 wegen der Steuerreform kaum steigen, bei der Einkommenssteuer sogar sinken. Die Ausgaben vor allem im Baubereich werden dagegen stark ansteigen. Der Städetag erwartet eine Neuverschuldung der Gemeinden um 1,5 Mrd. DM bei Gesamtausgaben von 203,5 Mrd. DM. Gleichzeitig mit der Vorlage des Berichts lehnte der Städetag die Pläne von FDP und CSU zur Reform der Gewerbesteuer erneut ab.

SPD-Regierungsprogramm

Am vergangenen Wochenende gab die Kommission „Fortschritt 90“, die Grundlinien des SPD-Regierungsprogramms für die Bundestagswahlen ausarbeiten soll, ihre vorläufigen Ergebnisse bekannt. Hierbei sind weitgehend die Positionen des hochwahrscheinlichen Kanzlerkandidaten Lafontaine (der sich am 19. März endgültig entscheiden will) berücksichtigt worden. Eingliederungshilfen, Auffanglager, Vergünstigungen und Sozialhilfe für DDR-Übersiedler sollen abgeschafft werden — das überrascht nicht. Unter Bezugnahme auf die „deutsch-deutsche Entwicklung“ strich die Kommission zugleich jedwedes soziale Reformvorhaben, soweit es Geld kosten würde, „insbesondere die Grundsicherung bei Alter, Arbeitslosigkeit und Invalidität.“ Vom „ökologischen Umbau“ bleiben nur höhere Energieabgaben.

Mieterprotest: Teilerfolg

Unter dem Druck der Proteste, insbesondere des Mieterschutzbundes haben die Regierungskoalitionen Änderungen am im Herbst letzten Jahres verabschiedeten Wohnungsbau-Erlichterungsgesetz vorgenommen. Die dort vorgesehene mietrechtlichen „Sonderbestimmungen“ sollen nun (wie der bau- und planungstechnische Teil des Gesetzes) ebenfalls auf den Zeitraum vom 1.5. 1990 bis zum 30.4.1995 befristet werden. Diese Sonderbestimmungen dehnen u.a. die „vereinfachte Kündigung“ auf dritte Wohnungen in Häusern, in denen der Vermieter wohnt, aus. Die Koalitionsparteien wollen nur für solche Fälle wenigstens die schriftliche Form der Kündigung wahren. SPD-Wohnbau-Experte Conradi kritisierte, das Gesetz begünstigte Bauspekulanten und sei ökologisch bedenklich.

Deutsche Bank und Wohnungspolitik

Die Deutsche Bank hat die Wohnungspolitik der Bundesregierung kritisiert. Bank-Chef van Hooven forderte, die Regierung solle sofort den Schuldzinsenabzug für den Bau selbstgenutzten Wohnraums wieder einführen. Der-

zeit gelte diese Regelung nur für den Mietwohnungsbau, der damit stärker gefördert werde als der Eigenheimbau, behauptet der Bankchef demagogisch. Der Anteil der Eigentumswohnungen am Wohnungsbestand liege mit 39,5% weit unter dem politisch angestrebten Anteil von 50%. Für Familien mit mittlerem Einkommen seien die „eigenen vier Wände“ in unerreichbare Ferne gerückt.

Ostlandritt-Kredite

In einer öffentlichen Erklärung am 10.3. gab Bundeswirtschaftsminister Haussmann (FDP) an, daß inzwischen 100 Anträge (von „Mittelständischen“) mit einem Gesamtvolume von 250 Mio. DM nach sogenannten ERP-Krediten für Investitionen in der DDR vorliegen. Die DDR-Staatsbank habe eine Garantie-Erklärung abgegeben, wonach sie für Rückzahlung und Verzinsung zum Kurs von 1:2,4 geradestellt. Bis 1993 stehen 6 Mrd. DM zur Verfügung, 5 Jahre tilgungsfrei (Laufzeit 15 bzw. für Bauvorhaben 20 Jahre) und 6,5% Zinsen pro Jahr, ungeachtet der Zinssteigerungen der letzten Zeit.

Osteuropa-Bank

Die Verhandlungen über die Bildung einer „Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung Osteuropas“ stehen vor dem Abschluß. Gründungsmitglieder werden alle 24 OECD-Staaten sowie die acht RGW-Staaten in Osteuropa, evtl. noch weitere Staaten. Das Grundkapital soll zwischen 13,5 und 20 Mrd. DM liegen. Damit soll die Bank große Kapitalanlagen in Osteuropa fördern. Die EG-Staaten sollen die Mehrheit des Kapitals halten.

Kfz-Steuer höher?

Der Parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium, Martin Grüner, erklärte am 10.3. das Vorhaben der Bundesregierung, ab 1993 die Kraftfahrzeugsteuer durch eine Abgassteuer zu ersetzen. Die Höhe soll nach CO₂- und Schadstoffgehalt der Abgase sowie nach der Lärmstärke der jeweiligen Motoren festgesetzt werden. Statt der von Martin Grüner behaupteten nützlichen Konkurrenz zugunsten besserer Umweltverträglichkeit sahen Oppositionsvertreter neben Bürokratismus vor allem eine verdeckte Steuererhöhung drohen.

Was kommt demnächst?

Am 16. März berät der Bundestag noch einmal über die Politik gegenüber der DDR und über die Aus- und Übersiedlerförderung. Am 18. März sind in Bayern Kommunalwahlen und in der DDR Parlamentswahlen. Am Tag darauf beginnt in Bonn die KSZE-Wirtschaftskonferenz. Am 26. März beginnen nach den Wahlen die nächsten Sitzungen des Bundestags. Ende März führen die Grünen ihren Programmabend zur Vorbereitung der Bundestagswahlen durch.

DG-Bank beim Kapital-Sammeln gestolpert

600 Mio. DM Verluste bei Rentenpapieren / BRD ballt Kapital für die Ostexpansion zusammen

Weil sie von französischen Banken gegen Hinterlegung von Wertpapieren Geld lieh und diese — inzwischen im Kurs gefallen — Wertpapiere nun zum alten Kurs zu-

rückkaufen muß, hat die DG-Bank 600 Mio. DM verloren. Hintergrund ist ein anhaltender Zinsanstieg, mit dem BRD-Konzerne Kapital für ihre Ostexpansion sammeln.

Nachdem sich die DG-Bank nun zum Rückkauf der Wertpapiere bereit fand, scheint der Fall klar. Danach hat die Bank im Herbst 1989 bei französischen Banken 6 Mrd. DM kurzfristige Kredite geliehen und dafür als Sicherheit festverzinsliche Wertpapiere hinterlegt. Als der Kredit ablief, zahlte die DG-Bank zwar das geliehene Geld zurück, verweigerte aber die Rücknahme der Wertpapiere zum alten Kurs. Der Kurs dieser Wertpapiere war nämlich in der Zwischenzeit um fast 10% gefallen, eine Rücknahme zum alten Kurs hätte der DG-Bank also Verluste von 600 Mio. DM verschafft. Die französischen Banken bestanden auf der Rücknahme — und setzten sich durch.

Welche Folgen dieser Verlust für die DG-Bank und die genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken, die Eigentümer der DG-Bank, haben wird, wird sich noch zeigen. Das Bundeskriminalamt ermittelt — vorerst nicht gegen die DG-Bank, sondern gegen mit der Abwicklung des fehlgeschlagenen Geschäfts beauftragte kleinere Firmen. Das kann sich aber schnell ändern.

Den großen privaten Banken ist die DG-Bank und der genossenschaftliche Bankensektor schon lange im Wege. Weil die „Genossen“, d.h. die Eigentümer dieser Banken, mit ihrem gesamten Vermögen für evtl. Verluste haften, sind die Genossenschaftsbanken bei den Vorschriften für die Rücklage von Mindestreserven nämlich besser gestellt als Privatbanken. Dies wollen Banken wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank oder die Commerzbank schon lange ändern, um gegen die zumeist von mittelständischen Eigentümern gehaltenen Genossenschaftsbanken besser expandieren zu können. Die Verluste der DG-Bank könnten deshalb schon bald zu Angriffen auf alle genossenschaftlichen Banken führen, um die Konzentration von Kapital in den Händen weniger großer Konzerne weiter zu beschleunigen.

Genau diese Konzentration von Kapital war auch der Grund für die Verluste der DG-Bank. Die Kursverluste für Wertpapiere der DG-Bank sind nämlich Folge eines seit Monaten anhaltenden Zinsanstiegs, den die Bundesbank direkt betreibt. Dieser Zinsanstieg ist so

Ladenschluß in den Großstädten

Der „lange Donnerstag“ wird nur noch mit der Konkurrenz begründet

Der betriebswirtschaftliche Informationsdienst für den Einzelhandel, das BBE-Chef-Telegramm, stellt in einer Zwischenbilanz über drei Monate langer Donnerstag fest: „Bereits nach dieser kurzen Zeit wächst in weiten Kreisen des Einzelhandels die Ernüchterung. Der Erhalt von Kaufkraft an Peripherie-Standorten oder in Klein- und Mittelstädten durch Beteiligung am Abendverkauf hat sich bereits jetzt als überwiegend trügerisch erwiesen. Selbst praktizierte verstärkte Werbeaktivitäten konnten die Entwicklung eines Umsatzverfalls besonders bei Klein- und Mittelstädtenstandorten und Rändlungen der Großstädte zugunsten der Top-Citylagen sowie einiger Einkaufszentren nicht aufhalten. ... Für die meisten Unternehmen bleibt der Kaufabend ein notwendiges Übel. Die Konkurrenz zwingt zur Teilnahme.“

Tatsächlich spielen die diversen Werbegemeinschaften eine wesentliche Rolle bei der Beibehaltung des Dienstleistungsabends. Viele Einzelhändler suchen nach Möglichkeiten, ihn abzuschaffen oder einzuschränken — in München z.B. Wertkauf, die ReWe-Läden (Lebensmittel), Loden-Frey, Bettens-Rid, alles zentral gelegene Geschäfte. Auf dem Land wird sowieso schon eingeschränkt. Bei Karstadt Fürstenried gibt es eine Betriebsvereinbarung, daß nur noch sechs lange Donnerstage im Jahr geöffnet wird.

In den Fußgängerzonen und Einkaufszentren machen die Werbegemeinschaften Druck auf einzelne Mitglieder. In Münchens Fußgängerzone wolle Bettens-Rid schließen, die Werbegemeinschaft „Münchner Stadtabend“ zwang ihn, doch weiter offen zu lassen. In dem Haidhauser Einkaufszentrum

am Ostbahnhof wird mit Mühe und Not der lange Donnerstag aufrechterhalten.

In den Stadtteilen von Karlsruhe und den Umlandgemeinden wird der Verkauf am langen Donnerstag eingestellt. Dagegen trommeln Kaufhauskonzerte und Verbraucherverbände für die Ausdehnung der Ladenschlußzeiten. Georg Tippel, Geschäftsführer von Karstadt: Die Karlsruher City-Meile mache in den zwei Abendstunden am Donnerstag ein prächtiges Geschäft, bei Karstadt 30% des Tagesumsatzes. Thomas Schlier, Sprecher der Verbraucherverbände: „Wir brauchen nicht nur einen langen Donnerstag, wir brauchen eine lange Woche.“

Ahnlich sieht es in Kiel aus. „Fünf Monate nach Einführung des Dienstleistungsabends ist — mit Ausnahme des Sophienhofes und Hertie — die Euphorie beim Einzelhandel der Ernüchterung gewichen. Wie eine KN-Umfrage ergab, halten viele Unternehmer, nur wegen der Konkurrenz“ durch.“ (Kieler Nachr. 1.3.) Diese Ansicht ist offenbar durchgängig in der Einkaufsstraße der Innenstadt. Von Karstadt und Meissahn wird festgestellt, daß durch den Donnerstag keine Mark Mehruhr gemacht wird, es gebe lediglich eine Verschiebung. Allerdings würde diese von den Kunden gern angenommen, äußerte der Geschäftsführer von Karstadt.

Neue Öffnungszeiten

„Eine ganze Reihe von Geschäften hat ihre Öffnungszeit von 9.00 auf 9.30 verschoben“ — „Vorreiter dafür war der Sophienhof ...“ Einspruch gab es gegen das Vorhaben vom Betriebsrat bei Hertie. Der BR-Vorsitzende wird zitiert: „Wir haben uns dagegen gewehrt, weil das Personal davon keinen



Dieses Plakat fanden wir in Schönberg, Schleswig-Holstein, wo nur noch ein Küchenstudio donnerstags bis 20 Uhr geöffnet hat.

Vorteil hat ... Wenn der Umsatz nicht stimmt, werden auf Kosten der Beschäftigten die Stunden gekürzt.“

Für's Personal keine positive Seite!

Ebenfalls in den KN fand sich am 27.2. nach der Delegiertenversammlung der HBV in Kiel, eine Meldung, wo es heißt: „Am Rande der Veranstaltung wertete Dr. Peter Hauschild, Leiter des HBV-Landesbezirkes Nord, die durch die Einführung des langen Donnerstags bedingte Verschiebung der Arbeitszeiten positiv. Allerdings kämen die neuen Arbeitszeitmodelle bisher nur wenigen Beschäftigten zugute ...“. Es wird dort nicht näher gesagt, was damit gemeint war, aber nach den obigen Berichten kann die HBV das eigentlich nicht so stehen lassen. — Es gibt weiter die ungeschützten Arbeitsverhältnisse für zwei oder drei Stunden am Abend und auch auf Abruf. Beschäftigte aus einem größeren Schuhhaus in Kiel berichteten, daß sie über die Zahl ihrer Überstunden selber gar nicht mehr durchblicken und auch nicht, wie die Wochenarbeitszeit zustande kommt. Es war aber auch herauszuhören, daß Spaltungslinien zwischen den Beschäftigten entstehen können, zwischen solchen, denen der lange Donnerstag „nichts ausmacht“ und denen, die keinen triftigen Grund haben, ihn abzulehnen, und solchen, die nicht können wegen der Verkehrsverbindung oder anderen Gründen.

Auf jeden Fall ist feststellbar, daß für die Belegschaften eine immense Verschlechterung durch den Dienstleistungsabend eingetreten ist. Die ursprünglich noch angebotenen Extrazulagen konnten mit den Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit 1990 nicht abgesichert werden. Die Änderungen der Öffnungszeiten am Morgen sorgen nur dafür, daß der Feierabend später in den Abend verlegt wird.

Man braucht sich aber inzwischen keine Illusionen zu machen, die Kapitalisten tun alles dafür, den Dienstleistungsabend zu erhalten. Die FDP gibt Schützenhilfe. In den Bundestagswahlen will sie mit der Forderung nach Aufhebung („Liberalisierung“) jeglicher Ladenschlußbeschränkungen antreten. Ihre Begründung sucht die FDP in einer „notwendigen Anpassung“ der Ladenschlußzeiten in der EG. In allen Kommunalwahlen tritt sie für die Aufhebung des Ladenschlusses an. Nicht nur programatisch, in vielen Städten ist sie bestrebt, Fakten zu schaffen — in München z.B. hat sie einen Antrag im Stadtrat gestellt, daß Behörden, staatlich oder städtisch, möglichst auch die Banken, am Donnerstag bis 20.30 Uhr öffnen sollen. Leider ist in den Städten sehr wenig Widerstand dagegen, auch die ÖTV hält sich sehr zurück in dieser Frage. — (brg, dar, rub)

IGM will 80 Leute ausschließen

Linke Betriebsratsliste bei Opel Bochum bedroht

Mitten in der Tarifauseinandersetzung hat die IGM-Ortsverwaltung Bochum gegen 80 Mitglieder der IG Metall bei Opel ein Untersuchungsverfahren wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ eingeleitet, unter den 80 sind allein 54 Mitglieder (ein Fünftel) der vor kurzem neu gewählten Vertreterversammlung. Nachdem der Christliche Metallarbeiter Verband (CMV) seine Kandidatur zu den Betriebsratswahlen angemeldet hat, ist eine Persönlichkeitswahl bei Opel Bochum nicht mehr möglich. Vor diesem Hintergrund war für linke Betriebsratsmitglieder eine Kandidatur auf einer einheitlichen IG Metall-Liste nicht möglich — ein gemeinsames Programm könnte nicht zu stande kommen.

Die bisherigen Mitglieder der Liste im Betriebsrat, sieben von 35 Betriebsräten, sind zum Beispiel gegen die Einführung der Nachschicht, gegen die Einführung des MTM-Systems anstelle des bisherigen REFA-Systems bei der Akkordmessung eingetreten. Beides wurde von der Betriebsratsmehrheit unterstützt. Bei Opel läuft eine Rationalisierungsoffensive, bei der das berühmteste Beratungsunternehmen McKinsey zur Erstellung einer sogenannten Gemeinkostenwertanalyse ein-

geschaltet war. Die Minderheit im Betriebsrat forderte, dem keinen freien Lauf zu lassen und verwies auf ausreichend Erfahrung in anderen Fällen. Sie druckte eigens eine Broschüre über entsprechende Erfahrungen bei Daimler-Benz nach. Die Betriebsratsmehrheit machte dagegen eine Politik des Kopiernicks. Die Analyse von McKinsey ergab einen „Überschub“ von 1500 Zeitlöhnen und 500 Angestellten.

360 Vertrauensleute bei Opel Bochum hatten in einem Brief bei der Ortsverwaltung beantragt, daß, wenn keine Persönlichkeitswahl möglich ist, zwei IG-Metall-Listen kandidieren können. Die Ortsverwaltung lehnte ab. Als die Liste sich dennoch mit 80 Kandidaten und Kandidaten formierte, leitete die Ortsverwaltung die Untersuchungsverfahren ein. Die ursprüngliche Absicht der linken Betriebsratsliste war Persönlichkeitswahl auf einer gemeinsamen IG Metall-Liste zu erreichen. Nachdem dies nicht mehr möglich war, hatten sie z.B. vorgeschlagen, beide Listen von der ganzen Vollversammlung der Vertrauensleute wählen zu lassen und dies nicht den einzelnen Gruppierungen zu überlassen.

Quellenhinweis: Sozialistische Zeitung 6/90, Seite 1 und Seite 6 — (uld)

Nur als Gewaltakt möglich: Anschlußpolitik mit Artikel 23 Grundgesetz

„Grundgesetz in Geltung setzen“ — Kohl betreibt aggressiven Anschluß der DDR

Dieser Tage erklärte Engelhard, Bundesjustizminister, FDP, der Artikel 23, Satz 2 des Grundgesetzes lasse für Diskussionen in der BRD keinerlei Raum. Die Entscheidung falle ausschließlich in dem Gebiet, das angeschlossen werden wolle. Der Staat der BRD, letzten Endes doch auch nur ein Haufen bezahlter Leute und nichts Übersinnliches, hat den Rechtsparteien in der DDR ein Anschluß bzw. Aufkaufangebot gemacht, ohne dafür ein Mandat der Bevölkerung der BRD auch nur vortäuschen zu können. Die repräsentative Demokratie, die auf Wahlen und Abstimmungen beruht, wird nicht mehr bemüht, denn Wahlen und Abstimmungen können verloren werden. Deutschland als Herrschaftsabsatz aber niemals.

Das Grundgesetz der BRD „in Kraft zu setzen“, wie es der Artikel 23 anregt, wäre ein hoheitlicher Akt, also ein Gewaltakt. Unwiderstehlich, da das Grundgesetz einen Austritt von Gebieten aus der BRD keineswegs vorsieht, sondern Absicht und Vorbereitung dazu

als hochverräterisch ahndet. Hartnäckige Anschlußgegner bekämen es wegen Hochverrätereи mit der Bundesanwaltschaft zu tun.

Was übel angeht, geht übel weiter. Die Anschlußpolitik der BRD würde im Erfolgsfall die Reichweite des Staatswesens der BRD grundlegend erweitern. Bis jetzt war die BRD eine mittlere Macht. Die BRD-Konzerne konnten sich im Bereich des Staatsgebietes der BRD nicht zu Wirtschaftseinheiten allerersten Ranges hocharbeiten. Sie mußten sich auf dem Wirtschaftsraum und die politischen Institutionen der EG und damit auf eine Reihe politischer Kompromisse einlassen. Nach einem Anschluß der DDR und der dazugehörigen Hinordnung der dortigen Wirtschaftseinheiten auf die hiesigen Konzerne würde der nationalstaatliche Wirtschaftsraum in wesentlichen Gebieten kritische Größen überschreiten. Nicht mehr wenigstens entfernt am Völkerrecht orientierte Kompromisse würden zur Wachstums- und Daseinsbedin-

gung der Konzerne, sondern die Ostexpansion des Staatswesens der BRD, deutsch-völkisches Faustrecht und der von den Faschisten als germanische List bezeichnete mörderische Betrug. Schon hat die BRD über die Grenzen der DDR hinausgegriffen. Kohl dient die BRD polnischen Bevölkerungsteilen als Schutzmacht an. Kohl wirbt Fußvolk an. Und östlich von Polen? Leben auch noch Deutsche!

Die deutsche Bourgeoisie versucht in die Fußstapfen des Bismarckschen Reiches und des daraus entstandenen Hitlerfaschismus zu treten. Mit seiner Anschlußpolitik schickt sich der Bundeskanzler an, nach den Waffen zu angeln, die die Anti-Hitler-Koalition dem Deutschen Reich 1945 aus der Hand geschlagen hat.

Wie verträgt sich eigentlich die von der BRD in x-erlei Verträgen abgegebene Erklärung, auf Gewalt verzichten zu wollen, mit der Absicht, anderswo das „Grundgesetz in Geltung zu setzen“? Überhaupt nicht. — (huh, maf, mal)



Demonstration gegen die Annektaion der DDR in Köln, 10.3.90

Foto: B. Maus

Bundesregierung mißachtet völkerrechtliche Bestimmungen Großdeutscher Zentralstaat zerstört föderativen Bestand der BRD

Die Auseinandersetzung innerhalb der nationalen und internationalen Öffentlichkeit um das Deutscheuropa-Expansionskonzept des Bundeskanzlers ist durch drei Schwerpunkte der Meinungsbildung und Sammlung zum Widerstand geprägt. Wenngleich diesen Schwerpunkten unterschiedliche Interessen zugrundeliegen, so ist doch das verbindende Element — das Festhalten an der Nachkriegsordnung — unübersehbar. Die nachfolgende Abhandlung soll beides verdeutlichen.

Potsdam und Jalta im Gegensatz zur Restauration

Die Beschlüsse der Antihitlerkoalition im Rahmen der beiden Konferenzen von Jalta und Potsdam (Februar bzw. Juli 1945) müssen als Maßgaben für die emanzipatorische Neuordnung der Nachkriegsverhältnisse in Europa begriffen werden. Diejenigen sozialen und politischen Kräfte, die an einer Befreiung Ost- und Südosteuropas vom tausendjährigen reichsdeutschen und abendländischen (d.h. westeuropäischen) Kolonialismus interessiert waren, konnten sich bei ihren konkreten diesbezüglichen Schritten auf die Maßgaben des Potsdamer Abkommens befreien. Dies taten sie nicht nur damals, sondern dies tun sie auch noch heute. Im wesentlichen handelte es sich hierbei um die Maßgaben für die Abtrennung der baltischen Kolonie Ostpreußen und der reichsdeutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Flußlinie sowie für die Aussiedlung der deutschen Bevölkerungsteile aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn (1).

Diejenigen Kräfte, die auf dem Territorium der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone bzw. der späteren DDR eine revolutionäre Umwälzung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse herbeiführten, konnten sich auf die entsprechenden Maßgaben des Potsdamer Abkommens zur wirtschaftlichen Neuordnung berufen. Dies betraf im wesentlichen jene Bestimmungen, die auf eine dezentralisierte, entmonopolisierte, zur agroindustriellen Selbstversorgung fähige Friedenswirtschaft hinzielten. Auch diese Kräfte berufen sich noch heute, z.B. jüngst im „Neuen Deutschland“, auf jene Beschlüsse der Antihitlerkoalition vom Juli 1945 (2).

Hierin besteht ein fundamentaler politischer Unterschied zu jenen Kräften, die in den Westzonen bzw. der späteren BRD eine Restauration der Eigentums- und Produktionsverhältnisse des zerstörten Deutschen Reichs betrieben und diese erfolgreich wiederaufrichten konnten. Diese Kräfte, z.B. alle bisherigen Regierungen der BRD, können sich nicht aufs Potsdamer Abkommen berufen, und sie tun dies auch nicht. Im Gegenteil, sie haben dieses Abkommen und die darauf beruhende Nachkriegsordnung stets bekämpft.

Die Propagierung des Artikels 23 (GG) als staatsrechtliches Anschlußin-

strument gegen die DDR und die gleichzeitige Ablehnung einer völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als die vom Potsdamer Abkommen geschaffene polnische Westgrenze sind zwei Bestandteile ein und desselben europäischen Expansionskonzeptes bundesdeutscher Konzerne.

Anschlußpolitik im Gegensatz zum Interesse am Status quo

Was in diesen beiden Bestandteilen konkret zum Ausdruck kommt, ist die geplante Staffelung des nächsten und übernächsten Expansionsschritts (erstens: DDR, zweitens: Gebiete Polens und der UdSSR). Daß es sich hierbei um Angriffshandlungen (also um völkerrechtswidrige Regierungspraktiken) handelt, die vom Nürnberger Tribunal der Antihitlerkoalition geächtet wurden, ist innerhalb und außerhalb der BRD durchaus bekannt — wenn auch hier weniger und dort mehr. Dafür gibt es zwei Belege, wovon der zweite im nächsten Unterabschnitt behandelt werden wird.

Der erste Beleg findet sich bereits in den Sitzungsprotokollen der grundgesetzgebenden Versammlung, des Parlamentarischen Rats (1948/49), und zwar zum späteren Artikel 23. Dieser Artikel besagt, daß das Grundgesetz „zunächst im Gebiet der Länder der BRD“ gilt: „In den anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ In der ursprünglichen Entwurfssatzung hieß es damals, daß „(jeder) andere Teil Deutschlands ... durch Bundesgesetz in den Bund eingegliedert werden (kann)“ (3). Die Debatte um diesen Artikel und die Stellungnahmen derjenigen Ratsmitglieder, die an seiner Formulierung mitgewirkt hatten, macht deutlich, daß man „bewußt diese Fassung nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung eines anderen Gebietes (Deutschlands) abgestellt“ (3) hatte: „Wir wollten es ... bewußt darauf abstellen, daß durch einfaches Bundesgesetz jeder andere Teil Deutschlands eingegliedert werden kann. Wir wissen um den Zusammenhang des Ganzen, der, nicht durch unser Verschulden, im Augenblick wesentlich gestört ist, und wir wollen die Wiedervereinigung so einfach wie möglich gestalten“ (3).

Wenngleich die aktuelle Propagierung des Artikels 23 (in der o.a. heutigen Fassung) geltend macht, daß dem „Beitritt“ die freiwillige Entscheidung von jeweils einzelnen gewählten Länder- oder Bezirksorganen („in anderen Teilen Deutschlands“) zugrundeliegen müsse, so ist dennoch jene bereits im Parlamentarischen Rat anvisierte Zwecksetzung des Artikels unübersehbar. Er zielt auf die Ausnutzung innerer Widersprüche in einem Nachbarstaat, um unter Mißachtung des territorialen Bestandswahrungsinteresses dieses Staates und seiner Bevölkerung dessen schrittweise gebietliche Auflösung zu

betreiben: „Teil für Teil würde aus der DDR herausgebrochen und an die Bundesrepublik geklebt.“ (4) Völlig zu Recht macht daher die inländische und ausländische Kritik an der auf Art. 23 GG abgestützten Expansionspolitik geltend, daß sie sich in der geschichtlichen Kontinuität der reichsdeutschen Anschlußaggressionen gegen Österreich und die Tschechoslowakei (1938) bewegt.

Unter der Zwischenkapitelüberschrift

„Die Anschlußklausel des Satzes 2“ stellt der Standardkommentar zum Grundgesetz folgendes fest: „Es ist nicht in das Belieben des Bundes gestellt, ob er eine Beitrittsklausel annehmen will oder nicht. Vielmehr gewährt Art. 23, Satz 2 dem sich anschließenden Teil Deutschlands ein Recht auf den einseitigen Erwerb der Bundeszugehörigkeit, genauer: er versagt offenbar den Organen des Bundes die Möglichkeit, einen ordnungsgemäßen Bei-

tritt zurückzuweisen.“ (5) Das Grundgesetz bestimmt die BRD in Artikel 20 als einen „Bundesstaat“, d.h. als eine Verbindung von selbständigen Gliedstaaten (Länder) und Zentralstaat (Bund). Der o.a. Kommentar zitiert in diesem Zusammenhang eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: „Die Bundesrepublik Deutschland — das sind verfassungsrechtlich der Bund und die Länder als ein Ganzes ...“ (5)

Artikel 23 GG legt hingegen nicht lediglich das Bundeshandeln für den Zweck des Anschlusses fest. Sondern er verabsolutiert den einen Teil des Gesamtstaates (Bund) gegenüber dem anderen (Länder) und degradiert damit faktisch seine föderative Verfaßtheit zur Bedeutungslosigkeit.

Viertes Reich im Gegensatz zum föderativen Bestand der BRD Zweierlei wird hier deutlich: Zum einen konnte die Restauration der reichsdeutschen Eigentums- und Produktionsverhältnisse in den Westzonen nicht unter Verzicht auf die Organisierung eines realen Staatsgebildes innerhalb eines fest umrissenen Territoriums erfolgen (BRD). Insofern ist das ein Eingeständnis des völkerrechtswidrigen Charakters der Organisierung jenes irrealen „Deutschland“, das als Expansionsziel im Grundgesetz verankert ist. Zum anderen wird deutlich, daß der Expansionsismus den Bund nicht nur von allen bürgerlich-demokratischen Einwirkungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten befreit, sondern auch den Zentralstaat aus seiner föderativen Verkoppelung mit den Gliedstaaten herauslöst. Dies liegt insbesondere in der Konsequenz jener oben verhandelten „Anschlußklausel“ des Artikel 23 GG.

Die schrittweise Erweiterung des Territoriums der BRD führt zwangsläufig zur Aushebung jenes Mechanismus, der die Erfüllung öffentlicher Aufgaben des Gesamtstaates durch entsprechende Umverteilung der diesbezüglichen Finanzmittel regelt (Art. 104a—115 GG). Die Planung und Durchführung dieser öffentlichen Aufgaben durch die Länder ist von der durch diesen Mechanismus gewährleisteten Kalkulierbarkeit der verfügbaren Mittel abhängig (6). Der gebietliche Gleichstand ist unwiderlegbar die Voraussetzung für diese Gewährleistung. Die Aufhebung des territorialen Status quo der Potsdamer Nachkriegsordnung ist daher identisch mit der Zerstörung des föderativen Bestandes der BRD und der Freisetzung eines großdeutschen Zentralstaates.

Quellen: (1) W. Cornides, H. Volle (Hrsg.) Um den Frieden mit Deutschland — Dokumentation, Europa-Archiv, Oberursel 1948 S. 78 ff. Zwei Dokumente zur Aussiedlung der Deutschen aus Polen, Europa-Archiv 1947, S. 823—824; (2) Z.B. in Neues Deutschland, 33. 1990; (3) Parlamentarischer Rat, Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49, S. 225 f.; (4) Süddeutsche Zeitung, 7.2.1990, Die Republik kann sich über Nacht verwandeln; (5) T. Maunz, G. Düring, R. Herzog, R. Scholz, Grundgesetz-Kommentar, München — Stand 1978; (6) Stellungnahmen (Baden-Württemberg, Saarland) dazu in Handelsblatt 9./10. und 13.3.1990

DDR-Parteien zur „deutschen Frage“

DSU (Grundsatzprogramm):
„Auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts streben wir die Einheit Deutschlands an ... wollen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den gegenwärtigen Grenzen ...“

LDP (Wahlprogramm):
„Ziel der LDP ist die schnellstmögliche Einheit Deutschlands ... Wir wollen ... ein freies Deutschland in den heutigen Grenzen in Form eines Deutschen Bundes als nächsten Schritt — mit einer Bundesversammlung, einem Bundesoberhaupt, einer gemeinsamen UNO-Mitgliedschaft. Darüber soll ein Volksentscheid bis spätestens 2.12.1990 befinden ...“

SPD (Wahlplattform):
„1. Unser Fahrplan zur deutschen Einheit ... März 1990: Das Parlament der DDR erklärt ... seinen ... Willen, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einem deutschen Bundesstaat herbeizuführen April 1990: Beide Regierungen beginnen mit den Verhandlungen über ein Vertragswerk zur ... Einheit ... April/Mai 1990: Der Rat zur Deutschen Einheit wird gebildet ... Er erarbeitet ausgehend vom Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ein gemeinsames Grundgesetz. Er wird von den Parlamenten der beiden ... Staaten paritätisch besetzt ... Über die Verfassung wird in einer Volksabstimmung entschieden ...“

PDS (Programm):
„... Die PDS will ein Zusammenschwachen der beiden deutschen Staaten, deren Bürger im Rahmen einer historisch gewordenen Nation ... verbunden sind. Wir wollen auf den Prozeß der Gestaltung einer Vertragsgemeinschaft, auf deren Entwicklung zu engen konföderativen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und auf die Entstehung eines einheitlichen deutschen Staates ... Einfluß nehmen ... Bei einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten müssen für die Bürger der DDR beispielsweise die Bodenreform und ihre Ergebnisse ... die Eigentums-

rechte der Kommunen an früher enteigneten Grundstücken und an Wohnungsbesitz anerkannt werden ... soll die Gültigkeit von Nutzungs- und Mietverhältnissen sowie der bestehenden Eigentumsverhältnisse an Betrieben garantiert werden ... Die uneingeschränkte Respektierung der Grenzen und der Sicherheitsinteressen der Nachbarländern gehört zu den entscheidenden Eckpunkten nationaler und europapolitischer Orientierung der PDS ...“

Bündnis 90 (Plattform):
„Die Einverleibung der DDR durch die BRD lehnen wir ab. Die politische Einigung muß als gegenseitige Annäherung erfolgen. Nur eine Einheit in Gleichberechtigung ist eine Einheit in Freiheit ... Unsere europäischen Nachbarn sollen nicht wieder Angst vor einem vereinigten Deutschland haben ... Europäische Friedenspolitik bedeutet für uns: Entmilitarisierung der beiden deutschen Staaten, Schaffung einer europäischen Friedensordnung im Rahmen der KSZE. Wir wollen die deutsche Einigung voranbringen, nicht so schnell und so billig, sondern so sicher und gut wie möglich.“ (Neues Forum, Demokratie jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte)

VL (Wahlplattform):
„Wenn wir für die entschiedene Wahrung der Werktageninteressen eintreten, so tun wir dies auch und gerade mit der Verteidigung der Souveränität unseres Landes. Die Vereinigte Linke muß das Bündnis mit allen suchen, die sich gegen die Preisgabe der DDR und seiner Bürger wenden. Wir treten ein für die Verteidigung der DDR gegenüber allen Forderungen nach einer schnellen ‚Wiedervereinigung‘ als Angliederung an die BRD ... Wir wollen die schnelle Aufnahme von Verhandlungen mit der BRD über die langfristige Ausgestaltung des Grundlagenvertrags im Sinne einer Vertragsgemeinschaft entsprechend dem Grundsatz: ‚Zwei Staaten — eine Nation‘ bei gegenseitiger staatsrechtlicher Anerkennung ...“

Internationale Umschau



In Großbritannien ist es zu heftigen Protesten gegen die von der Regierung eingeführte „Poll Tax“, eine Kopfsteuer für die Gemeinden, gekommen. Die „Poll Tax“ soll zum 1. April in Kraft treten und soll die bisherige gemeindliche Steuer auf Haus- und Grundbesitz ablösen. Landesweit wird mit einer Steuer von 500 DM pro Kopf gerechnet, die ohne Rücksicht auf die soziale Lage eingetrieben werden soll, so daß z.B. eine arme vierköpfige Familie 2000 DM Steuer zahlen muß. Gegen diese brutale Besteuerung der Armen entwickelt sich ein heftiger Widerstand. Nach Protesten in Brighton letzte Woche demonstrierten am Wochenende im Londoner Stadtteil Hackney 5000 gegen die neue Steuer, in Swindon 1000. — (rül)

Litauen: Parlament proklamiert „Unabhängigkeit“

Der oberste Sowjet, das Parlament der sowjetischen Republik Litauen hat vergangene Woche den Vorsitzenden der Bewegung „Sajudis“, die für die Los-trennung Litauens aus dem Verband der UdSSR eintritt, zum Präsidenten der Republik gewählt. Gleichzeitig verabschiedeten die Abgeordneten ein Gesetz, daß die bisherige „Litauische Sozialistische Sowjetrepublik“ in „Republik Litauen“ umbenannt, die Verfassung der UdSSR auf dem Territorium der Republik aufhebt und die Flagge der Republik Litauen (bis 1940) wiedereinführt. Nach noch unbestätigten Meldungen soll auch die bis 1940 geltende Verfassung der damaligen Republik, die scharfe Kommunistenverfolgungen und die Unterdrückung von Arbeiter- und Bauern-Organisationen in der damaligen reaktionären Baltenrepublik ermöglicht hatte, wiedereingeführt sein. Die neue Regierung will nun mit der Regierung der UdSSR über Schritte zur Unabhängigkeit beraten. Sprecher der US-Regierung forderten die UdSSR unmittelbar nach den Beschlüssen des litauischen Parlaments auf, diese Beschlüsse zu „respektieren“. Westdeutsche Rechavisten hatten schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß eine Los-trennung Litauens die sowjetischen Gebiete im ehemaligen Nordteil Ostpreußens zur Enklave machen würde und eine solche Entwicklung als einen neuen Ansatzpunkt für die von ihnen betriebene großdeutsche Revision der Nachkriegsgrenzen in Europa begrüßt. — (rül)

PCI (Italien): „Parteitag der Wende“

Drei Anträge zur künftigen Gestalt der Partei lagen dem 19. Parteitag der PCI vom 7. bis 10.3.1990 vor. 67% der Delegierten stimmten schließlich für den Antrag des Generalsekretärs Occhetto u.a., die konstituierende Phase einer „neuen politischen Kraft der Linken“ einzuleiten, in die die PCI aufgehen soll. Die beiden anderen Anträge, die dieses Vorhaben mit unterschiedlichen Begründungen ablehnten, erhielten 30 bzw. 3%. Ein Beschuß über die programmatischen Grundlagen, auf deren Basis die PCI mit anderen politischen Kräften zusammengehen will, wurde nicht gefaßt. Über den Namen der künftigen Organisation soll der nächste Parteitag entscheiden. Als politische Strömungen, an die für die neue Parteibildung gedacht wird, nannte Occhetto neben dem italienischen Kommunismus: liberalen, demokratischen und sozialistischen Reformismus, sozialen und demokratischen Katholizismus, Ökologismus, Feminismus, Konzeptionen der Gewaltlosigkeit. Der „alte Gegensatz zwischen kommunistischer Bewegung und Kapitalismus“ passe heute nicht mehr in die Optik. — Kann die PCI so „die politischen Verhältnisse in Bewegung bringen“ oder werden nicht andere politische Kräfte die PCI schwächen und den Widerstand für Arbeiterinteressen zurückdrängen?

Quelle: L'Unità 7.3.-12.3.90 — (rok)

Türkei: Haushalt für den Kolonialkrieg

Die türkische Zeitschrift „2000e Dogru“ veröffentlichte Ende Dezember 1989 einen Bericht über den Haushalt der türkischen Regierung für den Kolonialkrieg in Kurdistan, aus dem wir im folgenden Auszüge dokumentieren: „Der Haushalt 1990 sieht ungefähr 1 Trillion TL (ca. 700 Mio. DM, 1 DM = 1435 TL, d. Red.) für Ausgaben im militärischen Bereich im Südosten vor ... Die Ausgaben für Sicherheit im Südosten gliedern sich auf vier Bereiche. Zuerst das seit 1985 bestehende Dorfshützer-system. Deren Zahl betrug bis 1987 5000. Danach erhöhte sie sich 1988 auf 12000 und 1989 auf 30000. Damit hat sich die Summe der Gehälter für Dorfshützer seit 1985 auf ca. 150 Mrd. TL erhöht. Zusätzlich werden die Dorfshützer mit Schuhen, Parkas, Hemden etc. versorgt. Medikamente und ärztliche Versorgung sind für sie kostenlos, und für 220 Mio. TL wurden 112 Häuser für sie gebaut. Die Gesamtzahl der an Dorfshützer ausgegebenen Waffen ist nicht bekannt ... Der größte Teil der 4000 Gendarmerieeinheiten ist im Südosten stationiert ... 1987 wurden für die Gendarmerie 800 Funkgeräte, 615 Nachtsichtfeldstecher, 300 kugelsichere Westen, 9000 Gasmasken, 150 Handscheinwerfer, 900 militärische Kompassen und 5000 Signalraketen gekauft. 1988 waren 62% der 265 Mrd. TL, die der Gendarmerie zur Verfügung standen, für den Südosten bestimmt ... Die westdeutsche Firma Friedrich Gappel wurde beauftragt, in Erzurum ... elektrischen Stacheldraht zur Sicherung der Grenze zu produzieren. 3 Mrd. TL wurden dafür zur Verfügung gestellt ... Bis jetzt wurden 172 km Grenzgebiet voll und 435 km teilweise mit diesem System ausgestattet ...“

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 6/90 — (Fr. HH)



Nach landesweiten Protesten gegen die Erschießung einer elfjährigen Schülerin durch Soldaten vor knapp zwei Wochen ist die Regierung des Militärmachthabers Avril in Haiti zurückgetreten. Bei der Beerdigung der Schülerin waren etwa eintausend Demonstranten zum Nationalpalast gezogen und hatten den Rücktritt der Regierung gefordert. Soldaten griffen die Kundgebung mit Schlagstöcken und Gewehrschüssen an. Daraufhin riefen elf Parteien zum Volksaufstand gegen Avril auf, der den Machthaber zum Rücktritt zwang. — (rül)

Schweiz: Demonstration gegen „Schnüffelstaat“

Auf einer der größten Demonstrationen seit Jahren haben mehr als 35000 Menschen am 3. März in der Schweizer Bundeshauptstadt Bern gegen die jahrelange Überwachung und Erfassung von Zehntausenden durch die politische Polizei demonstriert. Die Polizei griff Teile der Demonstration mit Wasserwerfern, Tränengas und Gummigeschossen an; einige Schaufelstöcke gingen zu Bruch, Autos brannten, aus einem Büro des staatlichen Delegierten für das Flüchtlingswesen wurden Akten abgelehnt. Asylbewerber entwendet. Der Grund für die breite Empörung: 1988 mußte die Justiz- und Polizeiministerin Elisabeth Kopp zurücktreten. Sie hatte ihren Mann, einen Wirtschaftsanwalt, davon informiert, daß Ermittlungen über eine Firma wegen Drogengeldwasch-Geschäften angestellt wurden, deren Vizepräsident er war.

Die Regierung sah sich aufgrund breiter Proteste gezwungen, ein Verfahren gegen Frau Kopp einzuleiten und eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) einzusetzen, die den Fall Kopp untersuchen sollte. Kopp ist Mitte Februar zwar freigesprochen worden; die Parlamentarische Untersuchungskommission forderte jedoch Ende letzten Jahres Tatsachen ans Licht, die seitdem die politische Diskussion beherrschen. Die Parlamentarier stießen auf umfangreiche Dossiers der Politischen Polizei, Ergebnisse staatlicher Bespitzelung von Oppositionellen. Nach und nach kam ans Licht, daß in den Kellern der politischen Polizei die „Fiches“ von 90000 Menschen lagern. Bespitzelt und erfaßt wurden alle, die kritisch auffielen: Arbeiter, Schüler und Studenten gehören ebenso dazu wie Lehrer, Professoren und Parlamentarier; in einer speziellen Kartei hat der Staatsapparat rund 10000 Oppositionelle erfaßt, die im Krisen- oder Kriegsfall sofort interniert worden wären. Nachdem sich die Affäre zur Staatskrise ausgewachsen hatte, gab der Bundesrat zähneknirschend der Forderung nach, Betroffenen Einsicht in die Akten zu gewähren.

Die inzwischen breit erhobene und im Parlament von den Sozialdemokraten beantragte Forderung, die politische Polizei abzuschaffen, hat die bürgerliche Mehrheit Anfang März abgelehnt. — (jug)

Frente Polisario nahm bewaffneten Kampf wieder auf

Die Volksbefreiungsfront der Westsahara, Frente Polisario, hat bereits im Herbst letzten Jahres den im Januar 1989 einseitig von ihr verkündeten Waffenstillstand gegen Marokko beendet. Sie kündigte jetzt eine neue militärische Offensive gegen die marokkanische Besetzung an. Im Januar 1989 hatte König Hassan von Marokko direkte Verhandlungen mit der Frente Polisario geführt, im Juni letzten Jahres arbeitete die UNO einen Vorschlag für eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der Westsahara aus. Im September lehnte Hassan dann die Durchführung einer solchen Abstimmung und weiterer Verhandlungen ab. — (uld)

Ärztestreik in Frankreich

Für höhere Honorare und Qualitätsmedizin

Seit sechs Wochen streiken Assistenz- und Oberärzte in den französischen Krankenhäusern. Im Laufe der Bewegung wurden sie auch von den frei praktizierenden Ärzten in ihren Forderungen unterstützt. Hintergrund sind die Verhandlungen zwischen der Krankenversicherung CNAM (Caisse nationale d'assurance maladie) und den Ärztekongressen, federführend der CSMF (Confédération des syndicats médicaux français), über die alle vier Jahre neu festzusetzenden Gebührenordnungen und Leistungskataloge der Ärzte.

In Frankreich gibt es für niedergelassene Ärzte zwei Möglichkeiten, als Vertragsärzte der Krankenkassen zu arbeiten und abzurechnen: der Sektor 1: in ihm sind Ärzte, die die tariflich festgelegten Tarife akzeptieren. Ihre Patienten bekommen von der gesetzlichen Krankenkasse 75% zurückerstattet (in Frankreich müssen ärztliche Leistungen zunächst bar bezahlt werden). Im Sektor 1 befinden sich 67,9% der Ärzte (1979 noch 91,8%). Der Sektor 2: hierin befinden sich auch Vertragsärzte, die jedoch ihr Honorar frei — „Nach Takt und Maß“ — bestimmen. Im Sektor 2 sind 26,3% (1979: 7,1%). 33,6% der Fachärzte sind in Sektor 2, in Paris sogar 91% der Chirurgen, 89% der Gynäkologen. Die Rückerstattung

für Patienten beträgt ebenfalls 75%, die Honorare aber höher sind. ist der Sektor 2 wesentlich teurer.

Die Statistik weist für einen Arzt in Frankreich 1979 ein Jahreseinkommen von 70000 DM (Vergleich BRD: 169559), für Fachärzte von 110000 DM aus. Seit Beginn der 80er Jahre werden die Honorarverhandlungen vom Defizit in der Sozialversicherung und von steigenden Ärztezahlungen geprägt. Die Honorarsteigerungen lagen jeweils unter der Inflationsrate. Die Regierungspläne verfolgen weitere Kostendämpfung und Abbau der Ärztezahlungen, obwohl die regionalen Disparitäten der ärztlichen Versorgung sehr groß sind.

Die Streikforderungen der Klinikärzte lauten: Qualitätsmedizin — Aufwertung der Tarife der Konsultation — korrekte Rückerstattung an die Versicherten. Das „Angebot“ der CNAM lautet: 10 FF mehr pro Konsultation. Neuzulassung von nur noch 1000 Ärzten pro Jahr für Sektor 2. Da die Verhandlungen stagnieren, hat sich jetzt — wie gesetzlich vorgesehen — der Gesundheitsminister eingeschaltet, um die Verhandlungen bis Ende der Woche zum Abschluß zu bringen.

Quellenhinweis: Le Monde, L'Humanité, Februar/März 1990, Deppe, Gesundheitssysteme und Gesundheitspolitik in Westeuropa, 1983. — (sur)

Südafrika: Streik der Forstarbeiter

Die Kapitalisten sperren aus und sperren Nahrungsmittel

Seit Mitte Dezember letzten Jahres führt die Gewerkschaft der Papier-, Forst- und Sägemühlenarbeiter (PPWAWU) einen erbitterten Kampf um Lohnerhöhungen und Beschränkung der Arbeitszeit. In mindestens acht Forstcamps und Sägemühlen streiken insgesamt etwa 2000 Arbeiter zum Teil seit Mitte Dezember, um eine Erhöhung des monatlichen Mindestlohns zu erreichen und eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit von derzeit 46 Stunden auf 40 Stunden durchzusetzen. Außerdem fordern die Arbeiter die Einführung von bezahlten Feiertagen am 21. März (Sharpeville-Gedenktag), dem 1. Mai und dem 16. Juni (Soweto-Gedenktag). Die Löhne der Forstarbeiter betragen etwa ein Drittel der Industrie- und Bergbaulöhne. Die am Streik beteiligten Lager liegen in den Provinzen Natal, Transvaal und der Kapprovinz.

Die Forst- und Sägemühlenarbeiter sind noch rechtmäßig als die Industriearbeiter, für sie gilt das unterdrückerische Gesetz über die Arbeitsbeziehungen nicht. Ihnen ist der Zusammenschluß in einer Gewerkschaft verboten, sie gelten als landwirtschaftliche Arbeiter. Dennoch mußten die beiden größten Forst-

und Sägemühlenunternehmen, Lotzaba Forest and Sawmill, die dem Barlow Rand Konzern gehören, und Mondi Board Mill, die der Anglo American gehören, die PPWAWU anerkennen.

Auf die Forderungen der Arbeiter reagierten beide Unternehmen mit Ausperrung. Barlow Rands, wo der Streik zuerst begann, versucht nun, die Streikenden regelrecht auszuhungern. Der PPWAWU-Forderung nach Erhöhung des Mindestlohns von 120 Rand auf 198 Rand monatlich setzen sie ein Angebot von 30 Rand mehr entgegen. Die Firma verweigerte die Auszahlung des Weihnachtsgeldes und stellte die Belieferung des Lagers, in dessen Nähe kein Laden ist, mit Nahrungsmitteln ein. Ende Januar bot Mondi eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde in der Woche und eine Lohnerhöhung von 63 Cent pro Stunde an. Der derzeitige Mindestlohn beträgt 4,29 Rand. Die Gewerkschaft fordert 1,15 Rand mehr. Die PPWAWU wies die Angebote beider Konzerne zurück und organisiert Unterstützungs-demonstrationen in den Städten. Die Streiks dauern an.

Quellenhinweis: New Nation v. 12.1.90, New African v. 29.1.90 und 8.3.90 — (uld)

Regierung Gonzales in der Krise

Spanien: Widerstand des Gewerkschaftsflügels in der PSOE

Während noch vor den Gerichten darüber gestritten wird, ob die PSOE angesichts der letzten Wahlen über die absolute Mehrheit verfügt, ist da zunächst der Skandal um den Bruder des Parteivorsitzenden Guerra, der jahrelang in regierungsmäßigen Räumen in Andalusien dubiosen Geschäften nachging, ohne dort beschäftigt zu sein. Jetzt, wo die Sache aufflog, zahlte dieser auf die Schnelle mal eben 10 Millionen Peseten (ca. 1,6 Millionen DM) nach, um aus der Schuhlinie zu kommen. Dann versuchten Gonzales und Guerra, in einer Art Ablenkungsmanöver durch ein Parteidisziplinarverfahren sich der internen Bewegung des Demokratischen Sozialismus zu entledigen, welche durch den Politiker Damborena vertreten wird. Jene Strömung innerhalb der PSOE moniert seit einiger Zeit den Verfall der Partei zu einem Wahlverein für Gonzales' Politik des uneingeschränkten Kapitalimports. Insbesondere die Mitglieder der sozialistischen UGT, welche zunehmend mit den Arbeiterkommisionen (CCOO) zusammenarbeiten, versuchen, sich über die parteiinterne Oppositionsbewegung zu Wort zu melden. Der administrative Stil der Kapitalagentur Gonzales, so die Opposition, reduziere den Meinungsbil-

dungsprozeß der Partei auf Befehl und Gehorsam.

Angesichts der ehrgeizigen Ziele der Regierung Gonzales, mit dem Jahr 1992 Spanien in den Rang eines modernen, weit über die Grenzen hinaus agierenden euro-kapitalistischen Industriestaates zu heben, ist dies wenig erfreulich. Die Feierlichkeiten für 1992, die zur Olympiade in Barcelona beginnen sollen, dann mit der universellen Weltausstellung in Sevilla fortgeführt und einer gigantischen, unter kolonialen Pomp durchgeführten Feier zum „500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas“ ihren Abschluß finden, stoßen angesichts der sozialen Angriffe auf die Lebensbedingungen vieler Spanier immer weniger Interesse. Hier kommt, daß die Europäische Kommission zur Zeit immer offener die Bedingungen des Gelings diktieren. Die jüngste Verbot, die Montanindustrie mit staatlichen Mitteln zu subventionieren, um Spanien in die Abhängigkeit der Kernenergie zu treiben, ist ein redtes Beispiel dafür. Die Reaktion der Mineros allerdings auch. Am 1. Mai wurde erfolgreich ein Generalstreik allen Kohlegruben Spaniens gegen Brüsseler Einnischungen durchgeführt. Kein einziger Korb fuhr in die Tiefen — (gem)

Die Krise der jugoslawischen Gesellschaft hat sich in den letzten Monaten gefährlich zugespielt. Die Auseinandersetzungen im Kosovo nehmen die Form eines Kolonialkrieges der Serben gegen die Albaner an. Serbien wirft der slowenischen Regierung vor, daß sie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Albaner im Kosovo unterstützt und beschließt den Wirtschaftsboykott gegen die Slowenen. Diese antworten darauf mit der Einstellung aller Geldverpflichtungen gegenüber dem Bundesfond für die unterentwickelten Gebiete im Kosovo und sperren alle Gelder, die im Bundesbudget für die Entwicklung Serbiens gedacht sind, solange Serbien die Unterdrückung der Albaner im Kosovo fortsetzt. Ende Januar findet der 14. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) statt, der wegen des serbisch-slowenischen Konflikts ohne Beschlüsse abgebrochen werden mußte. Auf einem Sonderparteitag am 4. Februar beschließt die slowenische

Jugoslawien: Die Volksrepublik auf dem Balkan steht vor der Spaltung

Der Konsens aus der Widerstandsbewegung über den Weg zum Sozialismus ist zerbrochen

wobei ein Mehrparteiensystem aber nicht abgelehnt wird. In der Frage der Marktwirtschaft ist die serbische Position nicht ganz klar. Es soll wohl in einer durch den Staat kontrollierte marktwirtschaftliche Richtung gehen.

Verschärft wird die Auseinandersetzung durch ein massives Wiedererwachen eines serbischen Großmachtstrebens, das die Rettung Jugoslawiens nur durch ein starkes und dominantes Serbien gewährleistet sieht. Führer des serbischen Nationalismus ist der Präsident der Republik Serbien, Milosevic. Als er vor zwei Jahren in Serbien an die

Die damalige serbische Regierung stimmte der neuen Verfassung zu. Aber starke Kräfte des serbischen Nationalismus agitieren immer gegen diese Autonomie. Der Anspruch der Serben auf den Kosovo wird propagandistisch damit begründet, daß im Kosovo ein paar serbische Heilige verscharrt sind und dort der Ursprungsort eines alten serbischen Großreiches liegt. Im Grunde geht es aber den serbischen Nationalisten um die Kontrolle und Ausbeutung der reichhaltigen Rohstoffvorräte. Durch die neue Verfassung waren Ausbeutung und Nutzung der materiellen Ressourcen unter die Kontrolle der Provinz gekommen, was vorher ein Recht der serbischen Regierung war. In Serbien wird daher auch die jetzige ökonomische Krise mit der Autonomie des Kosovo begründet und der Wiederaufstieg Serbiens von der Unterwerfung Kosovos abhängig gemacht. Es ist der Gruppe um Milosevic gelungen, den Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Serbien umzuleiten in eine serbisch-nationalistische Kampagne gegen die Kosovo-Albaner.

Diese antworten auf die Unterdrückung durch serbische Miliz und reguläre jugoslawische Armeeinheiten mit verstärkten Demonstrationen und Generalstreik. Ziel der Demonstranten und Streikenden ist die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Freilassung der bisher Verhafteten, Wahlen und die Abstimmung über den zukünftigen Status der Provinz. Hauptziel bleibt aber die Schaffung einer Republik Kosovo innerhalb des jugoslawischen Bundes.

Slowenien und Kroatien haben jetzt die Forderungen der Kosovo-Albaner unterstützt und den Einsatz kroatischer und slowenischer Truppen im Kosovo untersagt. Mit der Sperrung der Zahlungen, die Slowenien bislang für den Bundesfond zur Entwicklung des Kosovo und Serbien tätigte, soll die Politik Serbiens im Kosovo blockiert werden.

Das Wiedererwachen der alten Nationalitätenkonflikte, oder genauer das Wiedererwachen des serbischen Großmachtstrebens — denn in den anderen Republiken steht die nationale Frage nicht im Mittelpunkt der Debatten — wird aber nur verständlich vor dem Hintergrund des Scheiterns des jugosla-

wischen Entwicklungsmodells. Nach dem Sieg über den Faschismus durch die Partisanenbewegung standen drei Überlegungen an der Wiege des neuen Staates, die auch eine Art Grundkonzepte der Widerstandsbewegung waren. Erstens: Es mußte verhindert werden, daß der neue Staat ein Tummelfeld für ausländische Mächte wird. Im Zusammenhang mit der anti-kolonialen Befreiungsbewegung entwickelte sich Jugoslawien daher zu einem Vorreiter der Blockfreienbewegung. Zweitens: Es mußte verhindert werden, daß in dem neuen Staat sich ein Volk als bestimmd über die anderen erhob, wie es bisher immer die Politik Serbiens war. Es mußte also eine Verfassung geschaffen werden, die allen Völkern gleiche Rechte sicherte, die auf föderativer Basis aufgebaut war. Drittens: Der neue Staat sollte sozialistisch sein. Nach dem Bruch mit der SU begann eine breite Debatte über den einzuschlagenden Weg. Das Ergebnis war die Konstruktion des Selbstverwaltungssozialismus. Das war neben der kurzfristigen Existenz der Chinesischen Volkskommune der bisher einmalige Versuch, eine Gesellschaft auf Basis einer breiten Kommune-Demokratie bei Abschaffung des Privateigentums umzusetzen.

Dieser Versuch, der mit vielen Wiederaufstiegen und Wendungen die jugoslawische Nachkriegsgeschichte bestimmte, harrt noch einer befriedigenden Auswertung. Aber eines ist festzuhalten, es gelang durch die strategische Orientierung der jugoslawischen Politik auf Blockfreienbewegung und Kommune-Demokratie, der ausländischen Beeinflussung und der inneren Widersprüche Herr zu werden. Erst mit dem zunehmenden Zerfall der Blockfreienbewegung, der krisenhaften Entwicklung der nichtkapitalistischen Länder und der Verschärfung der ökonomischen Krise im Innern, kamen die Widersprüche in Jugoslawien wieder zum Tanzen. Vor allem von Slowenien aus wurde gefordert, die engen wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens abzubrechen und den Marsch in den westeuropäischen Kapitalismus anzutreten, der sich als das „erfolgreichere Modell“ präsentierte. Damit trägt auch die Politik der EG einen Sieg davon, die schon

mit dem Handels- und Finanzabkommen von 1987 erste Spaltkeile in den jugoslawischen Bund treiben konnte. Inzwischen entfallen 35% der jugoslawischen Exporte und 40% der Importe auf den EG-Raum, stehen 1,1 Mio. Jugoslawen im EG-Bereich in Lohnarbeit, und von den 20 Mrd. Dollar Auslandsschulden müssen zwei Drittel an die EG gezahlt werden.

Die Auswirkungen dieses Westwindes bekommt die jugoslawische Arbeiterklasse nun voll zu spüren. Seit fünf Jahren jagt ein Regierungsprogramm das andere, durchweg alle initiiert durch EG, IWF und Weltbank, die Lohnstopp und Verschlechterung der sozialen Leistungen bringen. Die Arbeitslosigkeit steigt permanent, die Inflation erreicht Rekordmarken. Und ebenso steht die Arbeiterklasse seit fünf Jahren einen permanenten Abwehrkampf durch, nicht immer ohne Erfolg. Der bisher längste Streik fand im April 1986 in Nordwestkroatien im Bergbaubereich Labin statt. Die Arbeiter streikten zwei Monate gegen Lohnkürzungen und Grubenschließung. Das Problem war, daß der Streik sowohl von den Gewerkschaften wie auch von der Partei abgelehnt wurde. Er endete mit einer Niederlage. Es folgten die großen Streiks der makedonischen Stahlarbeiter Ende 1986, worauf eine Streikwelle in den verschiedensten Industriezweigen folgte. Die Streiks endeten mit dem Sieg der Arbeiter. 1987 kam es zu einer weiteren großen Streikwelle. Die bisher letzten Erfolge konnten die Arbeiter bei den Streiks im Dezember/ Januar 1989/90 gegen das neueste Regierungsprogramm erzielen. Auch hier ging es wieder gegen einen geplanten landesweiten Lohnstopp (siehe PB 1/90). Die Bilanz der Streiks ist für die Arbeiter durchaus positiv, so daß die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) schon vermeldete, daß das neueste Regierungsprogramm durch den Widerstand der Arbeiter seinen Zweck verfehlt hat. Gleichzeitig berichtet die NZZ noch auf einem anderen Feld von einer Niederlage der Regierung. Vor einem Jahr wurde das „Gesetz zum vergesellschafteten Kapital“ verabschiedet, das die Privatisierung der Unternehmen möglich machen, wenn der Arbeiterrat zustimmt. Dies ist in den wenigsten Fällen bisher geschehen, so daß das Gesetz „keinen spürbaren Fortschritt brachte“.

Trotzdem wirkt die Auseinandersetzung zwischen Slowenien und Serbien auf Dauer hemmend und destruktiv auf einen geschlossenen Arbeiterwiderstand. Die Lage für ein einheitliches und unabhängiges Jugoslawien steht schlecht. — (hav)



Demonstration von Serben in Belgrad gegen die Autonomie des Kosovo

KP. sich endgültig von der Bundespartei zu trennen, alle Vertreter aus dem Bundespräsidium abzuziehen, und sich an den Aufbau einer sozialdemokratischen Organisation zu machen.

An welchen Punkten hat sich der Konflikt entwickelt? Die Slowenen fordern, daß die sechs Teilrepubliken und zwei autonome Gebiete sich zu einer Konföderation selbständiger Staaten zusammenschließen, auf Grundlage einer Marktwirtschaft und mit dem Recht, jederzeit aus dem Staatenbund wieder auszutreten. Der BdKJ soll seine zentrale Machtposition aufgeben und einem Mehrparteiensystem Platz machen. Unterstützt wird die slowenische Position noch von Kroatien. Die Serben dagegen fordern einen zentralistisch ausgerichteten Staat, mit einer verfassungsmäßigen garantierten starken Stellung des BdKJ,

Macht kam, versprach er, die Rolle Serbiens im Jugoslawischen Bund zu stärken, wodurch er das komplizierte Gleichgewicht der verschiedenen Völker aus den Fugen brachte und die Angst dieser Völker vor einem großserbischen Nationalismus anfachte. Kernstück seiner Propaganda war die Rückgewinnung des Kosovo unter serbische Oberhoheit.

Nach der Verfassung von 1974 wurden den sechs Republiken, aber vor allem auch den zwei autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina weitgehende Selbstverwaltungsrechte zugesichert. Beide Provinzen wurden bis dahin von Serbien verwaltet. Die Verfassungsänderung war ein Zugeständnis an den Kampf der Kosovo-Albaner, die eine eigene Republik Kosovo forderten, unabhängig von serbischer Kontrolle.

Türkei: Provokationen der Oligarchie

Dokumentiert: Erklärung von Dev Sol zur Ermordung von Muammer Aksoy (Auszüge)

In der letzten Ausgabe hatten wir über die Ermordung des der SHP angehörenden türkischen Prof. M. Aksoy durch eine vermutlich von Militär und Geheimdiensten gesteuerte

„An die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, patriotischen Soldaten und Polizisten: Der Staat ist der Mörder von Muammer Aksoy.“

Mit dem Erstarken des revolutionären Kampfes hat die Oligarchie begonnen, provozierende Maßnahmen zu ergreifen und damit die Ziele der Revolutionäre vor den Augen des Volkes in einem falschen Licht erscheinen zu lassen. Sie versucht durch die Behauptung, daß die Rechten und Linken Terror und Anarchie verursachen, dem Volk einzureden, daß die Stabilität des Landes gefährdet sei ...

Die Bestrafung des Polizisten und Mörders Kazim Cakmakci (des Polizeibeamten, der am 1. Mai 1989 einen Jugendlichen in Istanbul erschoß, Anm. d. Red.) seitens unserer Organisation ließ die Oligarchie in Panik geraten. Trotz der Behauptungen der Justizbehörden der Oligarchie, nach dem Mörder von M. Akif Dalci, der am 1. Mai erschossen wurde, zu fahnden, wußte die Bevölkerung nur zu gut, daß der Mörder vom Staat beschützt, ja sogar zum Mord angestiftet worden war. Es war der Befehl des Staates, den der Mörder von M. Akif Dalci ausführte.

In diesem System, in dem nicht einmal ein Recht im Sinne der Bourgeoisie herrscht, sucht sich das Volk sein Recht selbst. Dadurch, daß unsere Organisation Devrimci Sol — Revolutionäre Linke — den Mörder von M. Akif Dalci aufzufinden gemacht und bestraft hat, hat

te islamische Organisation berichtet. Die revolutionäre Organisation Dev Sol („Revolutionäre Linke“) sandte uns die folgende, von uns leicht gekürzte Erklärung.

Malatya ... Auch die „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP, d. Red.), die Tausende von Demokraten und Revolutionäre ermordete, verstand dieser Organisation.

Und es sind diese Organisationen, die das Massaker im Dorf Ikkaya durchgeführt haben, die die Bevölkerung zwangen, Menschenkot zu essen, sie Tag und Nacht auf dem Dorfplatz verprügeln und sie zwangsdeportierten. Die Verantwortlichen all dieser Massaker in Kurdistan sind der militärische Generalstab, das Innenministerium, die staatliche Organisation zur Bekämpfung des Terrorismus und deren Leiter Mete Altan sowie der Verantwortliche der Spezialeinheit in Kurdistan Aydin Baris, der früher Leiter des ersten Polizeireviers in Istanbul war (bekannt auch für seine Folterungen an Mitgliedern von Devrimci Sol).

Während sich in vielen Ländern Menschen vom Sozialismus abwenden, haben die Marxisten-Leninisten in der Türkei den Gedanken an die Revolution nicht aufgegeben. Im Gegenteil: Sie haben ihre Bemühungen zur Schaffung der revolutionären Volksmacht verstärkt. Diese Tatsache läßt die Oligarchie verzweifeln. Sie weiß nur zu gut, daß unsere revolutionäre Linie, unser bewaffneter Kampf das Volk gegen das faschistische System vereinigen wird und als eine alternative Macht vom Volk vorgezogen wird. Aus dieser Angst heraus hat die Oligarchie nach



Prozeß gegen Dev-Sol-Gefangene in Istanbul, 1988

der Bestrafung des Mörders von M. Akif Dalci alles unternommen, um das Volk von jeder Sympathie zu uns abzuhalten. Sie versuchten den Anschein zu erwecken, als sei alles auf die Auseinandersetzungen zwischen den extremen Rechten und der Linken zurückzuführen ... Deshalb wurde auch M. Aksoy ermordet.

In der gleichen Weise agieren sie an den Universitäten. Nach der Kampagne der „Revolutionären Jugend“ gegen die Präsenz der Polizei an den Universitäten, die damit endete, daß die Polizei das Universitätsgelände verlassen mußte, wurden Zivilfaschisten zum Angriff gegen die Revolutionäre Jugend eingesetzt ... Die gleiche Inszenierung hat unser Volk auch vor dem Putsch am 12. September 1980 erlebt ...

An die Arbeiter, Bauern und Patrioten

Wir müssen gemeinsam alles unternehmen, um die provokativen Angriffe des Faschismus gegen die Revolutionäre und den revolutionären Kampf abzu-

wehren. Wir müssen die Möder verfolgen. Überall, wo wir uns befinden, in den Fabriken, Schulen, an den Arbeitsplätzen und auf dem Lande sowie zu Hause müssen wir über diese Morde und deren Verantwortliche, nämlich den Staat, berichten und betonen, daß sowohl vor dem 12. September als auch danach der Staat für all diese Morde verantwortlich ist.

Ohne Mühe zu werden, müssen wir die Ziele und Gedanken der revolutionären Bewegung weiter verbreiten, um somit ihr Erstarken zu unterstützen ...

Wir werden die Provokationen und Maßnahmen der Oligarchie zerschlagen!

Wir werden die Möder der Revolutionäre nicht schonen!

Nieder mit den Mördern der Revolutionäre, dem Staatssicherheitsdienst, der konterrevolutionären Organisationen zur Bekämpfung des Terrorismus!

Es lebe unser revolutionärer Kampf! gez. Devrimci Sol (Die Revolutionäre Linke)“

Gegen Ganztagschulmodelle soll Billigversorgung der Grundschüler treten

Kultusminister Mayer-Vorfelder will Halbtagsgrundschulen in Baden-Württemberg einführen

In verschiedenen Bundesländern wird gerade an einem Konzept zur Billigunterbringung von Grundschülern gearbeitet. In Hessen sollen Betreuungsschulen eingerichtet werden, die für die erste und zweite Grundschulklasse von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr geöffnet sind, Lehrer sollen Arbeitsgemeinschaften anbieten. Als zusätzlicher Betreuer soll ein Sozialpädagoge eingestellt werden, der Rest muß vom Lehrerkollegium abgedeckt werden. In Baden-Württemberg will die CDU-Landesregierung eine Halbtagschule entstehen lassen, die für Grundschüler eine Kern-

zeit von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr anbietet. Veränderte Rahmenbedingungen werden nicht diskutiert, das heißt Kinder sollen in Gruppen von 25 bis 30 Schülern in einem Klassenzimmer zusammengezogen werden, um dort von unterrichtsfreien Lehrern oder „qualifizierten“ Hausfrauen beaufsichtigt zu werden. Dafür sollen auch noch Beiträge erhoben werden. Teilzeitbeschäftigte Eltern sollen so ihrer Arbeit nachgehen können. Das Konzept ist gegen die Forderung nach Ganztagsbetreuung sowohl in Schulen als auch in Horten gerichtet. — (c, rew, unb)

Anfänglich kritisierten vor allem SPD und GEW stark die Pläne in Baden-Württemberg, gerade wegen des fehlenden pädagogischen Konzepts und der zu großen Gruppen. Sie wendeten sich gegen die geplante Personalpolitik für Einstellung von pädagogischem Fachpersonal. Inzwischen sind die kritischen Stimmen der Landtagsfraktionen etwas verklungen, SPD, Grüne und FDP stimmen den Plänen zu, wenn sie auch dies als ersten Schritt zu Ganztagschulen betrachten und verbesserte Bedingungen wollen. Die Grünen wenden sich zusätzlich gegen die geplanten Elternbeiträge.

Allerdings müßte diesen Landtagsfraktionen bekannt sein, daß es fast unmöglich ist, solch eine Einrichtung in absehbarer Zeit zu verbessern. Warum nicht gleich erst bei guten Bedingungen einem solchen Projekt zustimmen?

Vorbild für diese Halbtagsunterbringung ist die Freigabe der Regelkinderägen für „flexible“ Öffnungszeiten. Hier wurde in den letzten zwei Jahren die Öffnungszeit in vielen Einrichtungen auf 7.30 bis 13.30 Uhr festgelegt, die Nachmittagsbetreuung dafür eingestellt. Keine personelle Aufstockung, keine zusätzlichen Räume, vor allem kein Mittagessen wird hier angeboten. Die Kinder müssen sich vom mitgebrachten Vesper ernähren.

Dies ließ sich ohne wesentliche Proteste von Eltern und Beschäftigten durchziehen. Auf Seiten der Erzieher gibt es das Interesse an dieser Arbeitszeit, da die Vorbereitungszeit als Bestandteil der Arbeitszeit frei verfügbar ist. Die Beschäftigten können nach

Schließung des Kindergartens ihre Zeit frei einteilen.

Für die Eltern ist diese Unterbringung oft die einzige akzeptable, da sie nicht mehr als ein Regelkindergartenplatz kostet und Tagheimplätze nicht in ausreichender Zahl angeboten werden. Dafür müssen die Eltern den Stress mit rechtzeitigem Abholen und Essen machen in Kauf nehmen. Den verbreiteten Vorurteilen gegen Ganztagsunterbringung kommt dies entgegen, die Belastung liegt auf der Frau, was von Regierungsseite gewünscht ist. Zusätzliche Leidtragende sind die Kinder, denen der Nachmittag im Kindergarten gestrichen wird.

Hier wird nun in den Grundschulen nachgezogen, Billigversorgung von drei bis elf Jahren. Kein Kind ist bei den derzeitigen Verhältnissen in der Grundschule zuzumuten, länger als die Schulpflicht unbedingt fordert in der Schule zu bleiben.

Anders sähe es mit eigenständigen Einrichtungen aus, die personell und räumlich getrennt vom allgemeinen Unterricht, mit ausgebildeten Erziehern für Freizeitangebote ausgestattet sein müßten. Sie könnten in die Schule eingegliedert werden. Aber hierfür braucht es klare Festlegungen. In ein Klassenzimmer gesperrt zu werden und von unterrichtsfreien Lehrern und unausgebildetem Personal beaufsichtigt zu werden, ist unzumutbar für alle Beteiligten.

In ein solches Projekt müßte die derzeitige Diskussion über fortschrittliche Pädagogik einfließen. Gegen eine weitere Differenzierung im Erziehungsbericht wird die Vereinheitlichung der

Betreuungsformen gefordert. Einrichtungen, die für alle Kinder zur Verfügung stehen und die je nach Bedürfnis in Anspruch genommen werden können.

Zunehmend wird darüber hinaus die Notwendigkeit gesehen, den Kindern Freiräume zu schaffen. Gegen die Einschränkungen in der Kleinfamilie, ihnen soziale Kontakte zu ermöglichen, der Isolation entgegenzuwirken. Ihnen in der zunehmend eingeengten Umwelt mit ihren Gefahren die Möglichkeit der selbständigen Erkundung und des Sammelns von Erfahrung zu geben. Nicht noch mehr Beaufsichtigung und Kontrolle sind gefordert, sondern ein Konzept für Kinder und Jugendliche, die unter heutigen Bedingungen sich frei entfalten, selber entscheiden und sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinander setzen können.

Kultusminister Mayer-Vorfelder da gegen schwört auf die Erziehungs kraft der Familie, sie behalte absolute Vor rang, und sei „für die Zukunft der Gesellschaft unersetzbar“ („Stuttgarter Zeitung“ vom 9.2.). Die Familie soll das Projekt natürlich auch hauptsächlich finanziert durch einen Elternbeitrag von rund 70 DM monatlich. Dazu soll das Land mit fünf bis zehn Millionen Mark jährlich — und demselben Betrag nochmals für die Kommune — billig herauskommen. Die Opposition im Landtag müßte nochmals auf ihre anfänglichen Proteste angesprochen werden. Läßt sie sich auf dieses Projekt ein, unterstützt sie die Kampagne gegen die Ganztagschulen und stellt sich gegen eine gute Versorgung der Kinder.

Das Bild „Die Kinderkrippe“ wurde 1895 von Albert Anker gemalt. Damals ging es bei den wenigen überhaupt vorhandenen Einrichtungen nicht um pädagogische Standards, sondern vor allem darum, die Kinder armer Leute von der Straße zu holen und besser zu versorgen. Heute stellen sich die Befürworter der kostenneutralen Halbtagschule die Betreuung im Klassenzimmer wohl wieder so ähnlich vor. Die Erzieherin ist mit einem Kind beschäftigt, das offenbar Zahnschmerzen hat. Die übrigen müssen sich auf engem Raum beschäftigen, Möglichkeiten zum Zurückziehen oder auch zum Toben sind nicht zu sehen.



Stichwort: Öffnungszeiten

Zugleich mit der geplanten Einführung der Halbtagschule fordert Sozialminister Schäfer den weiteren Ausbau von Halbtagskindergärten. Für die Kinder sind beide Formen schlimm. Während sie sich am Nachmittag im Hort und in den Kindergärten frei entscheiden können, mit wem und mit was sie spielen wollen, wird ihnen das jetzt genommen. Selbst wo gespielt werden kann, ist heute oft ein Problem.

Hort immer noch nicht eröffnet

Auswirkung der geplanten Halbtagsbetreuung in Waldshut

Seit März 1989 fordert die Hortinitiative die Einrichtung eines Schülerhortes in Waldshut. Seit Bekanntwerden des Planes von Kultusminister Mayer-Vorfelder, Pilotprojekte zur Halbtagsbetreuung von Grundschülern einzurichten, muß sich die Initiative immer wieder damit auseinandersetzen. Die Frauenbeauftragten des Landkreises Waldshut versuchten, Mitgliedern der Initiative das Pilotprojekt als positive Sache zu verkaufen, was ihnen nicht gelang.

Ende August äußerte sich OB Dresen auf der Gemeinderatssitzung, als es um den Beschuß zur Einrichtung eines Hortes ging, daß sich die Hortfrage erübrigen würde, wenn das Pilotprojekt käme.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Verwaltung einen Antrag auf Einrichtung des Pilotprojektes gestellt hat. Da der Gemeinderat von dieser Sache nicht informiert wurde, soll es vom Juso-Gemeinderat auf der nächsten Gemeinderatssitzung eine Anfrage geben. Der Schulleiter der betroffenen Schule Hauser (SPD-Gemeinderat) erfuhr von dem Vorhaben am Stammstisch. Er lehnt dies ab, da er keinen Platz habe (der Zeichensaal mußte schon in ein Klassenzimmer umfunktioniert werden), außerdem sei seine Schule keine „soziale Brennpunktschule“.

Die Hortinitiative hat dieses Projekt von Anfang an abgelehnt: Es handle sich nur um eine billige Aufbewahrung, die den Bedürfnissen der Kinder nicht gerecht werde. Durch das Pilotprojekt würde der Hort zur Sondereinrichtung dequalifiziert werden. Denn nach Ansicht des Jugendamtes sollte der Hort eine Einrichtung für „verhaltensauffällige Kinder und für Kinder von Alleinerziehenden“ sein. Landrat Wütz und OB Dresen vertreten, daß Kinder von „Doppelverdienern“ keinen Anspruch auf einen Hortplatz haben sollen.

Die Halbtagsbetreuung drängt die Frauen in Teilzeitarbeit ab, dagegen fordert die Hortinitiative ganztägige Betreuung. Sie verlangt offene Horte für alle Kinder, deren Eltern dies wünschen. Kinder sollen nicht eingesperrt werden wie in der Schule, sondern die Möglichkeit haben, Freunde zu besuchen, ins Schwimmbad zu gehen etc. Freunde sollen die Kinder im Hort besuchen können.

Die im Sommer vom Gemeinderat beschlossene Eröffnung des Caritas-Ortes zum 1.4.90 verzögert sich weiter, die Umbaumaßnahmen im Haus sind noch nicht einmal angefangen. Auch das versprochene Provisorium zum 1.4. ist jetzt abgesagt. Die Initiative erarbeitet zur Zeit u.a. eine Resolution gegen das Pilotprojekt und beabsichtigt, mit anderen Gruppen in Baden-Württemberg den Widerstand zu organisieren. Dies ist unterstützenswert.



Beschluß des GEW-Gewerkschaftstages in Osnabrück vom 21.11.1989:

Die GEW tritt für die flächendeckende Einführung von Ganztagesangeboten für alle Kinder und Jugendlichen ein. Sie fordert daher die Bundesländer auf, Konzepte für differenzierte, attraktive und pädagogisch sinnvolle Formen von Ganztagsseinrichtungen und -schulen zu entwickeln und dafür auch die gesetzlichen Grundlagen (in Schulgesetzen, Kindertagesstättengesetzen) zu schaffen...

6. LehrerInnen sind auf die neuen Anforderungen und Aufgaben, die mit dem Ganztagesbetrieb verbunden sind, durch entsprechende Fortbildung vorzubereiten, die auch vor Ort — in Kooperation mit sozialpädagogischen Fachkräften angeboten werden sollte. Zur Arbeitszeit der an Ganztagschulen tätigen LehrerInnen müssen Regelungen getroffen werden, die diese nicht gegenüber den an anderen Schulen unterrichtenden KollegInnen benachteiligen.

7. Die Einrichtung von Ganztagschulen und anderen Ganztagsseinrichtungen kann nicht kostenneutral erfolgen. Sie ist verbunden mit Kosten für das Angebot eines Mittagstisches, Arbeitsgemeinschaften, Spieleanlagen, Grünzonen, Sportanlagen etc. Ganztagsseinrichtungen brauchen mehr LehrerInnen sowie mehr SozialpädagogInnen.

Nach Auffassung der GEW darf es nicht dabei bleiben, daß die Kommunen angesichts der jetz-

Gewerkschaften zu Ganztagsseinrichtungen

gen Finanzverteilung den größten Teil des zusätzlichen finanziellen Aufwands für Ganztagschulen tragen müssen. Solange dies der Fall ist, werden die Schulträger nur in Ausnahmefällen Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen stellen. Daher müssen die Länder entweder Zuschüsse zur Ausstattung von Ganztagschulen leisten oder aber im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entsprechende Regelungen treffen. (aus: GEW-Dokumentation einer Experten tagung, Hrsg.: GEW Baden-Württemberg, Dezember 1989)

Stellv. DGB-Landesvorsitzende fordert erneut Ganztagschulen

Als Trauerspiel wertete die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Ingeborg Siegel das Gerangel im Landtag um die Halbtags-Grundschule. Die CDU-Landtagsfraktion müßte sich fragen lassen, wie ernst es ihr mit ihrer oft gepriesenen Politik für die Familie sei. Die Absicht, in der Grundschule über den reinen Unterricht hinaus Betreuung anzubieten, sei zwar ein winziger Schritt in die richtige Richtung. Der Plan von Kultusminister Mayer-Vorfelder, Betreuungsgruppen von 25 bis 30 Kindern zu schaffen, ginge aber völlig am Bedarf vorbei. Diese Größenordnung lasse eine qualifizierte pädagogische Be-

treuung nicht zu, und Mütter als „ehrenamtliche Betreuerinnen“ seien überfordert.

Frau Siegel machte deutlich, daß in europäischen Nachbarländern die Ganztagschule die Regel sei. Baden-Württemberg zeige sich in dieser Frage mehr als rückständig. Der DGB bleibe bei seiner Forderung nach einem für jedes Kind zugänglichen, differenzierten und pädagogisch durchdachten Angebot an Ganztagschulen oder außerschulischen Ganztagsseinrichtungen. (Presseerklärung zit. nach Lehrerzeitung Baden-Württemberg, Nr. 4/5 vom 3.3.1990)

GEW fordert Bestandsgarantie für die drei Ganztagsgrundschulen

Auf Empörung ist bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg die Absicht des Kultusministeriums gestoßen, die an drei Grundschulen Baden-Württemberg bisher vorhandenen Ganztagesangebote abzuschaffen. Zwar hat das Kultusministerium wegen der Proteste der betroffenen Eltern insbesondere an der Fasanenhofschule in Stuttgart seine ersten Ankündigungen etwas abgeschwächt, es weigert sich aber nach wie vor, den Ganztagsbetrieb der betroffenen Schulen zu garantieren.

In einer Zeit, in der alle Betroffenen — insbesondere die Eltern, aber auch LehrerInnen und

Lehrer und Schulträger — verstärkt ganztägige Betreuungsangebote fordern, propagiert das Kultusministerium den bildungs- und sozialpolitischen Rückschritt: „Daß künftig an Grundschulen die Betreuungs- und Kernzeiten erweitert werden sollen, kann doch wohl kaum die Begründung dafür liefern, daß Ganztagsgrundschulen auf den Halbtagsbetrieb zurückgeschritten werden!“, sagte der Vorsitzende der GEW, Siegfried Vergin. In der Haltung des Kultusministeriums komme eine einseitige Idealisierung der Rolle der Familie und Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen sowie Miachtung des Rechts von Frauen auf Erwerbsarbeit zum Ausdruck. Die GEW spricht von finanzieller Engstirnigkeit: Wieder einmal wird im sozialen bzw. pädagogischen Bereich gespart, während sich die Landesregierung bei ökonomischen und technischen Projekten außerordentlich großzügig gebärdet.

Die GEW sieht in der Reduzierung der vorhandenen Ganztags-Grundschulen auf Halbtagsbetrieb einen massiven Rückschritt:

An der Halbtagschule mit den vorgesehenen Elternbeiträgen wird es sich in Ermangelung eines pädagogischen Konzepts um eine Aufbewahrung der Kinder handeln. Das kann nicht einmal als erster Schritt zur Lösung des drängenden Problems der Ganztagsbetreuung in Baden-Württemberg betrachtet werden (Pressemeldung vom 20.2.1990)

Oetkers Kommunaldiktat

Der Bielefelder Kommunalhaushalt wird oetkerisiert

Bielefeld. Seit Oktober 1989 gibt es eine neue Ratsmehrheit: Einen rechten Bürgerblock, bestehend aus CDU, FDP und der Bürgergemeinschaft für Bielefeld (BfB). Damit wurde die 10-jährige rot-grüne Koalition und 26 Jahre sozialdemokratische Kommunalhoheit abgelöst. Möglich wurde dies durch die erstmalige Kandidatur der BfB, die auf Anhieb 96% Stimmen erhielt. Die Republikaner hatten auf eine Kandidatur verzichtet, weil, wie sie öffentlich erklärt, ihre Interessen durch die BfB voll abgedeckt seien — eine Stellungnahme, die die BfB nie widersprochen hat.

Selten war eine „Wählervereinigung“ so weit davon entfernt, eine „unabhängige Liste“ darzustellen wie die BfB. Auf Platz 2 der Liste kandidierte die „Hausfrau“ Maja Oetker, Ehefrau des größten Gewerbesteuerzahlers in Bielefeld, Rudolf August Oetker. Das Parteibüro befindet sich in Oetker-Räumlichkeiten, direkt neben „Ültje“. Die Wahlkampf-Flugblätter wurden größtenteils über die Oetker-Hausdruckerei gedruckt. Oetkers politische Sympathien? Die Stiftung einer Kunsthalle machte er davon abhängig, daß sie den Namen seines Stiefvaters, Hitlers „Wehrwirtschaftsführers“ und Mitglied von „Himmels Freundenkreis“, Kaselowsky, tragen müsse. Die NPD unterstützte er mit Spenden. Was Frau Oetker anbelangt, so ist ihre Einstellung mit zwei Beispielen deutlich skizziert: Eine ihrer ersten Forderungen im Rat war die Einführung eines zwangswise „Sozialjahres für Frauen“. Kürzlich verweigerte sie einen Behinderten-Aufzug für den Ratskeller mit der Begründung, es handele sich hier um ein „eher teures“ Lokal, das kaum von Behinderten besucht würde.

Was auch unter Bielefelder Linken, häufig eher grinsend als ostwestfälischer Provinz-Gag kommentiert wurde, erweist sich spätestens jetzt, seit der neue Haushalt beschlossen wurde, als beinhaltetes reaktionäres Programm. Rund 4000 demonstrierten am 17.2. gegen die Haushaltplanung des „Oetker-Blocks“, die nahezu alle finanziellen Zuschüsse rigoros zusammenstrich, sofern sie Ausländer, Jugendliche, sozial Schwache, alternative und linke Projekte betrafen.

Gestrichen werden sollten 100000 DM für das Internationale Begegnungszentrum, nach heftigem Protest wurden 40000 DM bewilligt. Gestrichen wurden 20000 DM für die Ausländerberatung der AWO. Gestrichen werden sollten 200000 DM für die Häuser der Offenen Tür; erst als klar wurde, daß die Häuser dann nicht machen müßten, wurde noch Geld bewilligt. Gestrichen wurden 500000 DM für den Jugendwohlfahrtsausschuß mit der Folge, daß u.a. der Jugendring die seit 40 Jahren

bestehende unabhängige Jugendzeitung „Blätter“ einstellen muß und die Einrichtungen zur „Linderung der Jugendberufsnot“ ernsthaft gefährdet sind. Gestrichen wurden 600000 DM für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, so daß diese jetzt 50 statt bisher 25 Prozent der Normaltarife für öffentliche Verkehrsmittel zahlen müssen. Gestrichen wurden 50000 DM zur Betreuung von Aussiedlerkindern in Übergangswohnheimen. Der Mensaessen-Zuschuß für die Ganztagesschulen wurde um 50% zusammengestrichen. Bereits erledigt war die Streichung des Frauen nachtaxi (bereits im Herbst) und die Kürzung des Zuschusses für das Krankenhaus im nicaraguanischen Esteli (Partnerstadt) von 50000 auf 5000 DM. — (rab)

Neben dieser Streichorgie setzt die rechte Ratsmehrheit auch ansonsten deutlich ihre Akzente: Der bisherige Umweltdezernent Lahl, der sich mehrfach nicht nur mit Oetker angelegt hatte (Vorwurf von „Mogelpackungen“ bei Oetkers „Mousse au Chocolat“) soll nach Frau Oetkers Willen die Zuständigkeit für Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz abgeben. Lahl unterlag jetzt bei einem Antrag auf einstweilige Verfügung vor dem VG Minden, das Frau Oetker attestierte, als Ratsfrau nicht „befangen“ bei der Abstimmung gewesen zu sein. Der bisherige Stadtdirektor Heinrich (SPD) wurde als Personaldezernent durch die CDU-Lererin Magdowski abgelöst; der städtische Personalausschussvorsitzende Seidenberg (FDP) kündigte postwendend die Streichung von 71 Stellen und die Privatisierung weiter Bereiche des öffentlichen Dienstes an. 2000 städtische Beschäftigte protestierten auf einer Personalversammlung vehement.

Nachdem die Firmen Ostmann, Miele und Spela die Stadt Bielefeld auf 4,6 Mio DM Schadensersatz zu verklagen drohten, weil die alte Ratsmehrheit auf den Bau einer neuen Anschlußstraße zu einem Gewerbegebiet verzichtet hatte, beschloß die neue Ratsmehrheit flugs den Bau. CDU, BfB und die FDP hatten dies schon im Kommunalwahlkampf gefordert.

Mit seiner jüngsten Entscheidung läßt der Oetker-Block vollends keinen Zweifel mehr an seiner politischen Couleur: Der „Platz des Widerstands“ gegen die Nazi-Herrschaft soll umbenannt werden in „Bahnhofplatz“. Wie CDU-OB David erläuterte, der alte Name sei für auswärtige Besucher ein zu negativer Empfang. Dazu paßt der Antrag der NPD, den Platz in „Platz der deutschen Einheit“ umzubenennen. Dies wird in der Bezirksvertretung Mitte noch entschieden werden müssen.

Quellen: Versch. Ausgaben der Neuen Westfälischen Zeitung, Stadtblatt Bielefeld, Spiegel 7/90, Lokalberichte Bielefeld. — (ads)

Quelle: „Badische Zeitung“ vom 26.2.1990 — (ulb)

JVA Straubing: Nicht nur Isolationsfolter

Bayerische Justizministerin Berghofer-Weichner sperrt sogar Petitionsausschuß aus

München. Die SPD-Landtagsfraktion droht mit einem Untersuchungsausschuß, um auf diesem Weg Beschäftigte und Strafgefangene der JVA Straubing sprechen und anhören zu können, da die bayerische Justizministerin sich

weigert, eine Delegation des Petitionsausschusses in die JVA zu lassen. Am 17.3. findet eine Demonstration statt, um über die Situation von Bernd Rössner und den Psychopharmaka-Skandal Öffentlichkeit zu schaffen.

In den vergangenen Jahren sind außerordentlich viele Eingaben aus der JVA Straubing an den bayerischen Landtag gerichtet worden. Darin wurden schwerste Vorwürfe gegen die Anstaltsleitung erhoben, neben den anderen sind zwei besonders gravierend:

— In einer Massenpetition von über 300 Strafgefangenen wird Kritik an der Absetzung von fünf der insgesamt neuen Insassenbeiräte durch die Anstaltsleitung geübt. Die Beiräte seien jeweils nach Kritik an Umständen in der Anstalt abgesetzt worden, ohne daß andere nachgerückt wären.

— Die zweite Petition kritisiert die hohe Zahl von verabreichten Psychopharmaka in der Anstalt.

Der Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtages, Sepp Klasen, erhielt aus dem Ministerium die telefonische Mitteilung, der Besuch werde nicht genehmigt, weil der Ausschuß Personen „einvernehmen“ wolle. Nach dieser Absage sieht Sepp Klasen vorerst nur die Möglichkeit, im Rahmen eines Untersuchungsausschusses direkte Informationen von Beschäftigten und Strafgefangenen zu bekommen.

Dieses Vorgehen hat Methode. Bereits Mitte letzten Jahres wurde einem Abgeordneten der grünen Landtagsfraktion, Berichterstatter des Petitionsausschusses, untersagt, einen Gefangenen in der JVA Straubing persönlich zu besuchen. Letztes Jahr hatten außerdem SPD und Grüne im bayerischen Landtag eine Reihe Anträge zum Strafvollzug in Bayern gestellt. Unter anderem wurde gefordert, daß Landtagsabgeordneten freier und unüberwachter Zugang zu Strafvollzugsanstalten zu gewähren sei. Dieser und fast alle anderen Anträge von SPD und Grünen scheiterten.

Allein im Januar 1990 haben drei Gefangene Selbstmord verübt. Anläßlich einer angeblich im Februar geplanten Gefangenerevolte wurden mehrere Gefangene in andere Strafvollzugsanstalten verlegt. Mit Verlegungen und anderen Repressalien war vor einigen Jahren bereits die Gefangenenzzeitung „Haberfeld“ zerschlagen worden. Justizministerin Berghofer-Weichner und der Anstaltsleiter Hans-Joachim Otto müssen sofort abgesetzt werden!

Am Samstag, den 17.3. beginnt um 11.30 Uhr in Straubing (Stadtplatz) eine

Demonstration gegen Ausländergesetzverschärfung

Hildesheim. 300 Menschen demonstrierten am 10. März in Hildesheim gegen die von der Bundesregierung betriebene rassistische Unterdrückung von Ausländern durch die Durchpeitschung der verschärften Ausländergesetze. Gestrichen wurden 600000 DM für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, so daß diese jetzt 50 statt bisher 25 Prozent der Normaltarife für öffentliche Verkehrsmittel zahlen müssen. Gestrichen wurden 50000 DM zur Betreuung von Aussiedlerkindern in Übergangswohnheimen. Der Mensaessen-Zuschuß für die Ganztagesschulen wurde um 50% zusammengestrichen. Bereits erledigt war die Streichung des Frauen nachtaxi (bereits im Herbst) und die Kürzung des Zuschusses für das Krankenhaus im nicaraguanischen Esteli (Partnerstadt) von 50000 auf 5000 DM.

— (rab)

Kein Schülerpraktikum bei der Bundeswehr!

Hannover. Der Fachbereich Arbeit-Wirtschaft-Technik an der IGS Roderbruch hat beschlossen, für den Ausbildungsberuf „Soldat“ keine Praktika in Einrichtungen der Bundeswehr durchzuführen. Er kritisiert den Erlaß zu Schülerpraktika, wonach den Jugendlichen Berufe in ihren individuellen Anforderungen wie auch in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gezeigt werden sollen. „Schülerinnen und Schüler dieser Altersstufe sind jedoch nicht in der Lage, die ethische Bedeutung der Ausübung soldatischer Pflichten in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen zu verstehen. Wir halten diese Praktikums situation daher für ungeeignet.“ Nachdem die im Praktikumsplan vorgesehnen zwei Tage Truppendienst und Dienst im Gelände gestrichen wurden, konnte ein 15-jähriger Gesamtschüler sein Praktikum allerdings ableisten. Der Leiter der IGS: „Bei einer Ausbildung an Waffen hätten wir nicht mit gemacht.“ — (ibm)

Jungdemokraten sind gegen „Wiedervereinigung“

Freiburg. Die rund 40 Delegierten des baden-württembergischen Landesverbandes der Jungdemokraten sprachen sich am 24./25. Februar 1990 in Freiburg auf ihrer Delegiertenkonferenz gegen die „Wiedervereinigung“ aus. In ihrem Grundsatzbeschuß dazu heißt es unter anderem: „Das Deutsche Reich hat in diesem Jahrhundert schon genug Leid angerichtet. Deshalb gilt: Nie wieder Deutschland!“ Zur neuen Landesvorsitzenden der Jungdemokraten wurde Silke Krebs, Stadträtin der Grünen in Freiburg, gewählt.

Quelle: „Badische Zeitung“ vom 26.2.1990 — (ulb)

„Keine REPs ins Rathaus!“ Antifaschistischer Infomarkt

Augsburg. Der Wahlausschuß ließ die Kandidatur der Republikaner ohne Diskussion bzw. Abstimmung zu. Im Vorfeld dieser Sitzung hatte das Antifaschistische Bündnis eine Erklärung gegen die faschistischen Ziele der REPs verbreitet. Am 3. März fand dann ein Antifaschistischer Info-Markt unter dem Motto „Keine Republikaner ins Rathaus“ statt. Mit Ständen, kulturellen Beiträgen, teilweise auch mit eigenen Flugblättern, beteiligten sich das AusländerInnen-Referat und das AntiFa-Referat des ASTA der Uni Augsburg, die Antimilitaristische Werkstatt der AFI, das Ausländerzentrum und der AK-Asyl, die DGB-Jugend, die Jusos und die Falken, die Kritischen Christen, die kath. Pfadfinder der DPSG, die Grünen, MLPD, DKP, BWK, Autonomes Plenum, VVN-BdA und Volksfront. Es sprachen Vertreter des Bündnisses, des Ausländerbeirats und der VVN-BdA. Die geplante Auseinandersetzung mit den OB-Kandidaten fand nicht statt. Zwar erschien C. Kamm von den Grünen und A. Fergg von der SPD, es sprach jedoch nur die Vertreterin der Grünen. Er halte die verarmten Organisationen für „zu sekularistisch“, hieß es aus dem Umfeld des A. Fergg. Auch eine Veranstaltungseinladung lehnte er ab. Gegen den Auftritt von Schönhuber am 13.3. in der Sporthalle führte das Bündnis eine Flugblattaktion durch. In der 16seitigen „Antifaschistischen Zeitung“ formulierte Autoren aus elf Gruppen ihre Kritik an dem neuen Republikaner-Programm. Die Zeitung wird in einer Auflage von 1000 Stück in der Stadt verbreitet und auf Veranstaltungen eingesetzt. — (baf, oll)

Stadtrat lehnt Aufenthaltsrecht für Roma ab

Gelsenkirchen. Der Rat hat einen Antrag der Fraktion der Grünen für die Rücknahme des Fahndungseruchs gegen drei Roma-Familien und für ein besonderes Aufenthaltsrecht für alle Roma-Familien abgelehnt. Rechtsdezernent Mensing hatte vorher erklärt, daß es nach wie vor keinen Abschiebe-Stopp gebe. Der von den Grünen angeführte Innenminister-Erlaß definierte vorläufig den Personenkreis, der als „de facto staatenlos“ mit Aufenthaltsberechtigung anerkannt sei: langjährig in Europa umherziehende Roma. Dies treffe auf die Gelsenkirchener Roma aber nicht zu. Den Hinweis auf das Nichtbestehen eines Abschiebe-Stopps kann man nur als zynisch betrachten: immerhin war Gelsenkirchen eine der Städte, die auf dessen Abschaffung massiv gedrängt hatten. — (AGK, scm)

Bundesparteitag der FAP konnte verhindert werden

Hückelhoven. Der Bundesparteitag der faschistischen FAP, der am 10.3. in Hückelhoven bei Mönchengladbach stattfinden sollte, konnte verhindert werden. Rund 600 Antifaschisten beteiligten sich an den Gegenaktionen, einer von VVN/BdA, Falken und gewerkschaftlichen Kräften angemeldeten Kundgebung und einer vor allem von autonomen Antifaschisten getragenen Aktion vor dem Versammlungslokal. Gegen 12 Uhr erklärte die Polizei, sie werde anreisende FAP-Mitglieder nicht gewaltsam in das Lokal bringen. Ein Bus und mehrere Privatwagen mit FAP-Mitgliedern wurden von der Polizei bereits an der Autobahnausfahrt abgefangen und weggeschickt. — (wof)



Hamburg. Über 5000 demonstrierten am 3.3. in Hamburg gegen einen faschistischen Aufmarsch, zu dem bundesweit mobilisiert worden war. Um einige Dutzend Faschisten zu schützen, griff die Polizei, unkontrollierte Handlungen aus dem Demonstrationszug heraus ausnutzend, die Antifaschisten brutal an und trieb sie prüegend durch die Innenstadt. Viele wurden verletzt, über 20 festgenommen. — (scg)

Bisher keine Auflösung

Beschäftigte der Akademie fühlen sich verschaukt

Westberlin. Die Auflösung der reaktionären Akademie der Wissenschaften war ein wesentlicher Bestandteil der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und AL, dessen Umsetzung allerdings schon früh von Seiten der entsprechenden SPD-Senatorin infragegestellt wurde. Ein erster Gesetzentwurf lag zwar schon im Juni 89 vor, wurde aber wieder zurückgezogen, Anhörungen fanden statt. Auch die Beschäftigten und die Gewerkschaften meldeten sich zu Wort. Ihnen ging es um die soziale Absicherung.

Ein zweiter, in dieser Hinsicht verbesselter Gesetzentwurf wurde vorgelegt. Er enthielt die Übernahme der Beschäftigten mit ihren Stellen (sog. „Rucksacklösung“) in andere Bereiche des ÖD. Nachdem noch bestehende Unklarheiten im wesentlichen einvernehmlich geklärt werden konnten, schien der Behandlung des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhaus am 22.2. nichts mehr im Wege zu stehen. Baff erstaunt waren dann die Beschäftigten der Akademie, als dieser Punkt gar nicht auf der Tagesordnung stand. Der Grund: Formal hätte der Gesetzentwurf tags zuvor im Hauptausschuß behandelt werden müssen. Damit dies nicht noch einmal vorgeschieben werden konnte, beschwerten sich die Beschäftigten und Gewerkschaften bei den Fraktionen und drohten an, sich verstärkt an die Öffentlichkeit zu wenden. Dies wirkte insoffern, als auf der nächsten Hauptausschusssitzung am 7.3. das Auflösungsgesetz tatsächlich beraten wurde. Nicht minder erstaunt waren die anwesenden Beschäftigten der Akademie jedoch, als sie sich von der Vertreterin der SPD Eigennutz und ähnliche Beschimpfungen anhören mußten. Zusammen mit der CDU, die bekanntermaßen die Auflösung verhindern will, wurde der Gesetzentwurf an den Wissenschaftsausschuß zurückverwiesen und die Verabschiedung somit um mindestens weitere 14 Tage verzögert. Dann haben auch die Wahlen in der DDR stattgefunden und man kann sehen, ob sich da nicht was machen läßt. Droht doch sonst eine gerichtliche Auseinandersetzung um die Verfassungsmäßigkeit des Auflösungsgesetzes.

Die Unruhe unter den Beschäftigten wächst. Das Interesse an einer Weiterarbeit in der Akademie ist nur noch bei wenigen gegeben. Eine Vereinslösung wollen sie nicht, auch nicht die zu erwartende jahrelange gerichtliche Auseinandersetzung. Die wiederholt geäußerte Absicht der SPD, die Auflösung dürfte nicht zu Lasten der dort Beschäftigten gehen, erweist sich — wie mittlerweile so Vieles — als leere Sprechblase. — (har)

VW-Konzern expandiert

Dauernachtschicht ist keine zwangsläufige Folge

Hannover. Der VW-Konzern bereitet planmäßig die Eroberung des DDR-Marktes vor. Dafür braucht er die Unterstützung der Belegschaften hier wie auch in der DDR. So verlangte der Vorstand Wochenendarbeit für Belegschaften der VW-Werke Wolfsburg, Hannover, Kassel, Braunschweig und Salzgitter, damit die Besucher aus der DDR am zweiten Besuchwochenende für die Ziele des Konzerns gewonnen werden. Vielfältige Aktivitäten waren angesagt: Vor dem Rathaus in Wolfsburg spielte das VW-Orchester auf, Rundfahrten durch das VW-Werksgelände standen auf dem Programm, in Braunschweig stand direkt neben dem Werkstor ein Babywinkelraum, Besucher bekamen ein Lunchpaket, heiße Getränke und natürlich jede Menge VW-Propaganda.

Parallel zu diesen propagandistischen Aufwänden erzielte der VW-Konzern mit einer Umsatzsteigerung von über 10 Prozent sein bislang bestes Geschäftsjahr. Der Umsatz betrug 1989 65 Milliarden DM. In der Werkszeitung I2/89 waren großdeutsche Erinnerungen aufbereitet: „Das, was früher die Auto-Union in Sachsen war, ist heute das IFA-Kombinat Personenkraftwagen in der DDR.“

Der in der DDR produzierte Trabant-Nachfolger soll zu 80 Prozent aus Poloteilen bestehen. Ende Februar versam-

melte der VW-Konzern seine 80 Zulieferfirmen aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland in Wolfsburg, und auch 40 Firmen aus der DDR, die das IFA-Kombinat Pkw beliefern. Man wolle die europäische Zusammenarbeit zwischen den Zulieferbetrieben aus dem Westen und der DDR fördern, sagte ein Unternehmenssprecher. Vor allem sei an die Belieferung des noch zu gründenden Joint-Venture-Produktionsunternehmens in der DDR gedacht. Unter welchen Bedingungen dessen zukünftige Produktion dann ablaufen soll, davon ist aus Wolfsburg zu berichten.

„Die Volkswagen AG hat sich mit dem Betriebsrat über die Einführung einer Dauernachtschicht in der Produktion des Stammwerkes Wolfsburg geeinigt, die zur Bedienung der starken Nachfrage besonders nach dem VW-Golf notwendig sei.“ (Handelsblatt, 23.2.90)

Diese Dauernachtschicht wird am 15. März beginnen und ist bis zum Jahresende vorerst befristet, kann aber laut Vereinbarung verlängert werden. Betroffen sind 900 Beschäftigte. Erkauft wurde die Zusage des Betriebsrates mit der Zusicherung, 900 Neueinstellungen vorzunehmen. Im März sollen noch 300 Studenten eingesetzt werden.

Quellenhinweis: Nachrichtenheft Stahl- und Metallindustrie vom 2. März 1990. — (mal)

Dienstleistungsabend — kein Erfolg für die kleinen Händler

Stuttgart. Die Einzelhändler in den Vororten verzichten zunehmend auf den Dienstleistungsabend. Auch in der Innenstadt gibt es nicht nur Händler-Zustimmung. So schließt — trotz guter Lage — die Markthalle wieder Punkt 18 Uhr. Die wöchentliche Mehrbelastung für die Markthändler wurde unerträglich, ohne eine Umsatzsteigerung zu bringen. Ein Obsthändler: „Diese Dienstleistungsfanatiker müßten mal mit mir den lieben langen Tag Obstkisten schleppen, die wären kuriert.“ Dennoch hat sich der Abendverkauf in der Innenstadt durchgesetzt — zum Wohle der großen Kaufhäuser. Diese greifen jetzt die Verkürzung des langen Samstags an, der erstmals im April für die Sommermonate um 16 Uhr enden soll. Ihr Vorschlag: Juli und August würden dafür reichen. — (ccs)

Nixdorf: Sozialplan und weniger Entlassungen vereinbart

Paderborn. Vorstand und Konzernbetriebsrat (KBR) der Nixdorf Computer AG haben jetzt eine Betriebsvereinbarung zur Regelung von Struktur- und Personalabbaumaßnahmen abgeschlossen. Danach sollen im Inland 470 Stellen (Paderborn 310) weniger abgebaut werden. Auf betriebsbedingte Kündigungen wird verzichtet, wenn der Personalstand ab dem 31.01.90 um 1600 (Paderborn 990) Stellen reduziert worden ist. Die Abfindungsformel aus dem bisherigen Beschäftigungsplan gilt für alle bis 30.09.90 eingeleiteten Entlassungen und Aufhebungsverträge. Laut KBR bedeutet die Vereinbarung keine Zustimmung zu den Entlassungen. Die Medien stellten es so dar. — (luf)

Neun Wochen Kita-Streik Noch kein Ende in Sicht

Westberlin. Kompromißangebote der GEW und ÖTV wie auch Vorschläge Dritter (z.B. nach einem unabhängigen Vermittler) werden von der SPD abgelehnt. Die Anzahl der bestreikten Kitas hat sich nicht verringert. Jede Woche demonstrieren erneut Tausende von streikenden Beschäftigten und Eltern mit Kindern. Innergewerkschaftliche Kritik an der ÖTV wird laut, weil sie nicht in ausreichendem Maße ihre anderen Bereiche aktiviert. Einige Solidaritätsstreiks fanden allerdings statt, z.B. streikten am 1.3. wieder sieben von zwölf DRK-Kitas, auch fünf Kreuzberger und zwei Schöneberger Gesamtschulen. Am 8.3. haben ÖTV und GEW einen neuen Kompromißvorschlag unterbreitet. Er sieht vor, Fragen der Gruppengröße und des Personalschlüssels nicht mehr direkt im Tarifvertrag, sondern in einem Anlagevertrag zu regeln. Damit wollen sie den Bedenken des Senats und der TdL entgegenkommen. Im Tarifvertrag sollen die Punkte Vor- und Nachbereitungszeiten, Fort- und Weiterbildung u.ä. festgelegt werden. In einer Erklärung hierzu heißt es, daß damit bis an die Grenze dessen gegangen wird, was ohne Aufgabe der garantierten Rechte auf Tarifautonomie möglich sei. Die CDU stellte am 8.3. im Abgeordnetenhaus einen Antrag, in dem der Senat zu Tarifverhandlungen aufgefordert wurde (die CDU hält Teile der Forderungen für tariffähig). Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und AL abgelehnt. Das, obwohl die Mitgliederversammlung der AL am 3.3. den Tarifvertrag noch zu einem „Essential für den Fortbestand der Koalition“ erklärt hatte. — (har)



Essen. Eine Klage von zwölf Arbeitern gegen ihre Versetzung vom Mannesmann-Werk Duisburg-Huckingen ins Werk Mülheim war auch in der zweiten Instanz erfolgreich. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hält die Versetzungen für rechtswidrig, weil zwar einzelne Betriebsräte ihre Zustimmung erklärt hatten, aber kein ordentlicher Beschuß des Betriebsrates vorlag. Schon der Erfolg in der ersten Instanz hatte zur Folge, daß niemand mehr gegen seinen Willen versetzt wurde. In Mülheim muß Mannesmann jetzt allein in der Kontistraße 100 Leute einstellen. — (wof)

Weiterbildung: Gefährliche Entwicklungen

Robert Bosch GmbH bietet verstärkt unbezahlte Weiterbildung am Wochenende an

Stuttgart. Gesamtmetall fordert die Zustimmung der IG Metall zu besonderen Arbeitszeiten für Fachkräfte. Vorergründig wird behauptet, dies sei dem Fachkräftemangel geschuldet. Tatsächlich will das Unternehmerlager

sich ein gefügiges Personal heranziehen, das für gewerkschaftliche Ansprüche nicht mehr erreichbar ist. Wer weiterkommen will, muß dann auch unbezahlt am Wochenende rackern, zum Beispiel beim Bosch-Konzern.

Allein im Werk Stuttgart-Feuerbach häuften die circa 2600 Angestellten im Februar dieses Jahres über 20000 Überstunden an! Damit nicht genug, fordert die Firma zum Besuch „offener Veranstaltungen“ am Wochenende auf, zum Beispiel zum Erlernen von CAD-Programmen. Laut Firmenzitung stoßen sie auf reges Interesse. Diese Weiterbildung wird nicht bezahlt, obwohl das Unternehmen unmittelbar Nutzen daraus zieht. Außerdem gibt es noch Weiterbildungskurse während der Arbeitszeit. Die Entscheidung über Teilnahme treffen die Vorgesetzten unter Mitwirkung der Personalabteilung. Allerdings gilt auch hier, daß von den Teilnehmern hoher Einsatz verlangt wird. Vorarbeit und Nacharbeit zu den Kursen sollen gefälligst außerhalb der Arbeitszeit erfolgen. 1989 nahmen 16000 Beschäftigte an diesen Seminaren teil.

Im Werk Salzgitter bot Bosch ebenfalls Qualifizierung zum Nachrichtengerätemechaniker nach der Arbeitszeit an. Die gesamte Ausbildung erfolgte an Samstagen, also außerhalb der Arbeitszeit. Der Lehrgang umfaßte insgesamt

408 Stunden einschließlich eines als Bildungsaufenthalt anerkannten Blockkurses von einer Woche Dauer. Diese niedrige Stundenzahl für den auf zwei Jahre angelegten Ausbildungsberuf erforderte laut Firmenzitung „ein erhebliches Maß an persönlichem Engagement und Lernzeit außerhalb des Lehrgangs“. Da unter den 13 Absolventen auch vier weibliche Teilnehmer waren, betitelt die Robert Bosch GmbH diesen Gewaltmarsch auch als „Frauenförderung“.

1988 gab Bosch für innerbetriebliche Weiterbildung insgesamt 89 Millionen DM aus. Bisher geht die Masse der Gelder, nämlich 90 Prozent, in den Angestelltenbereich. Nur zehn Prozent werden für Weiterbildung im Arbeiterbereich aufgewendet. Der Betriebsrat fordert eine Veränderung des Verhältnisses. Allerdings wird ebenso nötig sein, die Verlagerung der Weiterbildung in den Freizeitbereich zu bekämpfen.

Jedoch sind hier die Möglichkeiten des Betriebsrates — trotz tariflicher Regelungen — sehr beschränkt. Der Unternehmer entscheidet über den jeweiligen Bedarf an Qualifikation, und die Vorgesetzten sieben aus. Dies führt

dazu, daß „willige Mitarbeiter“ bevorzugt werden. Die Anforderungen an die Mitarbeiterschaft faßte Bosch-Geschäftsführer Manger in einem Interview in folgender Weise zusammen: „Wir arbeiten rund um die Uhr, wo immer das möglich ist. Wir arbeiten samstags und würden auch sonntags arbeiten, wenn es möglich wäre.“

Die Qualifikationsoffensive der Robert Bosch GmbH hat mit einem „Fachkräftemangel“ nichts gemein. Bosch beschäftigt mehrere Facharbeiter unter ihrer Qualifikation, bezahlt sie damit unter Wert und schiebt sie wieder ab, wenn's der Firma paßt. So wurden letztes Jahr mehrere Auszubildende, die die Prüfung bestanden hatten, nur befristet übernommen und sollen jetzt auf die Straße gesetzt werden. Es geht der Firma um qualifiziertes und vor allem gefügiges Personal, das zu jeder Arbeitszeit bereit ist. Noch gibt es unter den Fachkräften erheblichen Widerstand gegen solche Zumutungen. Aber mit „Weiterbildung in der Freizeit“ sollen besonders jüngere Arbeiter und Angestellte dem Firmeninteresse unterworfen werden. — (ros)

LAG verhängt Berufsverbot

Gericht: Bewerber sollen „Erkenntnisse“ von sich aus liefern

Stuttgart. Am 28. Februar 1990 ist vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) in Stuttgart die Berufung des Kultusministeriums gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Stuttgart vom 16.11.89, welches die Entlassung der Grundschullehrerin Karin Neuber zurückgewiesen hatte, verhandelt worden. Die 7. Kammer des Arbeitsgerichts unter Vorsitz des Richters Gockel hatte damals entschieden, daß das Verschweigen der DKP-Mitgliedschaft bei der Einstellung kein Entlassungsgrund ist.

Das Landesarbeitsgericht hat jetzt unter Vorsitz von Richter Höfle das Urteil der unteren Instanz dahingehend geändert, daß es die Entlassung der Lehrerin bestätigte und ihr zusätzlich die gesamten Gerichtskosten beider Instanzen aufhalste. Damit wird die von Landesanzwalt Gebhard vorgetragene Rechtsauffassung der Schulbehörden gedeckt, es stelle eine arglistige Täuschung dar, wenn Bewerber bei der Einstellung ins Lehramt erklären, sie gehörten keiner verfassungsfeindlichen Organisation an, jedoch gleichzeitig DKP-Mitglied sind. Scheinheilig erklärten Richter und Landesanzwalt, es gehe in erster Linie um das Verschweigen der DKP-Mitgliedschaft und nicht um diese selbst. Einer Lehrkraft, die so hande, weil sie die DKP entgegen höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht für „verfassungsfeindlich“ halte, fehle, da sie lüge, die charakterliche Eignung für den Beruf. Dieses Urteil stellt insoweit eine Verschärfung der bisherigen Berufsverbotspraxis dar, weil es Pflicht von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst sein soll, von sich aus Vermutungen darüber anzustellen, ob eine Organisation xy evtl. von den Staatschutzbeamten als nicht staatstreue beurteilt wird. Die Einstellungsbehörde muß Zweifel nährende sog. „Erkenntnisse“ nicht mehr selbst liefern.

Der parteisch agierende Vorsitzende Richter Höfle bestritt am Ende des Prozesses Karin Neuber das Erklärungsrecht, verlangte von ihr nach einem Hin und Her einen frei gehaltenen Vortrag und entzog ihr schließlich das Wort. Dieser Prozeß hat neuerlich gezeigt, daß von einer von vielen vermuteten Entspannung an der Berufsverbotsfront keine Rede sein kann. Es zeichnet sich ab, daß der politische Kampfbegriff der sog. „Verfassungsfeindlichkeit“ auf die Gegner des Anschlusses der DDR ausgedehnt wird. Welch brutale Erniedrigung die Reaktion bei kritischen Leuten als Einstellungsvoraussetzung inzwischen exerzieren will, erklärte Regierungsrat Joachim Wenzelburger vom Oberschulamt Stuttgart beim Gütertermin in der Arbeitsrechtssache Neuber-Land Baden-Württemberg am 21.8.89: Karin Neuber könne einen neuen An-

trag auf Aufnahme in den Schuldienst stellen, „wenn sie geläutert ist.“ Erster Schritt dazu sei der Austritt aus der DKP. In weiteren Gesinnungsverhören müsse das Oberschulamt dann den Läuterungsprozeß verfolgen.

Im folgenden Auszüge aus der Erklärung von Karin Neuber:

„... Ich habe Angst vor dem Verfassungsverständnis derjenigen, die mir bezahlte Spitzel nachschicken, die beobachten, registrieren und weitermelden, welche politischen Veranstaltungen ich in meiner Freizeit besuche. Auch das ist ein Opfer, das wir für den Kalten Krieg zu bringen haben. Unkontrolliertes Spitzeltum, Denunziationen für Geld und im Gegenzug Angst, Anpasser- und Duckmäusertum. Ist dieser Preis nicht zu hoch?“

Seit Wochen wird in ganz Europa heftig über eine mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten diskutiert. Ängste werden in vielen Ländern wieder wach. Ängste vor einer großdeutschen Tradition, vor einem Vierten Reich. Die Praxis der Berufsverbote gegen Kommunisten, Sozialisten, Friedensfreunde und politische Querdenker, die Traditionslinie von Bismarcks Sozialistengesetzen bis zum sogenannten Radikalenerlaß — auch das ist es, was die Ängste immer aufs Neue entfacht.

Das Fernsehen liefert uns täglich die Bilder einer friedlichen Bürgerbewegung im anderen deutschen Staat ins Wohnzimmer. Wann werden bei uns die Opfer der Gesinnungsjustiz rehabilitiert? Wann werden die Spitzelaktionen und Computerdateien vernichtet? Wann werden alle Berufsverboteopfer wieder eingestellt? Wer wird sich bei ihnen für das begangene Unrecht entschuldigen? Wann werden die Schreibtischtäter zur Rechenschaft gezogen?“

An dieser Stelle entzog der Vorsitzende Richter Karin Neuber das Wort mit der Begründung. Propagandaden hätten im Gericht keinen Platz. Im folgenden die unterdrückte Passage:

„Mir bleibt hier zu erklären, daß ich bereit bin, die demokratischen Grundrechte unserer Verfassung zu verteidigen. Ich bin bereit, meine Tätigkeit an diesem Anspruch messen zu lassen.“

Mir bleibt zu erklären, daß ich meine Mitgliedschaft in der DKP niemals verschleiert habe. Ich habe mich dieser Mitgliedschaft wegen keinesfalls zu schämen. Ich dränge meine politischen Ansichten anderen nicht auf. Ich erwarte eine politische Auseinandersetzung, keine Existenzvernichtung durch Berufsverbot. Mir bleibt mich gegen Differenzen meiner Person, meiner pädagogischen Praxis und meiner Aufrichtigkeit zu wehren. Mir bleibt zu hoffen, daß dieses Gericht ein Urteil spricht, das mein inzwischen achtmaliges Berufsverbot beendet.“

Pflege-Tarifvertrag auch für Altenpflegerinnen

Westberlin. Der im Sommer 89 ausgehandelte Tarifvertrag für Pflegekräfte wird jetzt endlich für die rund 2000 Beschäftigten in den städtischen Altenheimen übernommen. Der Innensenator hatte bisher die Übernahme abgelehnt, weil er die Pflege im Altenheim nicht als Krankenpflege betrachtet hat. Die ÖTV betrachtet die Übernahme als „Knackpunkt“ in der Diskussion um die Gleichsetzung der Alten- mit der Krankenpflege. Für die Altenpflegerinnen, die nur eine halbjährige Kurzausbildung absolviert haben und deshalb durch den Tarifvertrag eine effektive Gehaltskürzung hinnehmen müssen, will die ÖTV ein Fortbildungsprogramm erarbeiten. — (har)



Köln. An einem bunten Aufzug mit Politikermasken und Musik beteiligten sich 300 bis 400 Leute. Zu der Demonstration „Kein Großdeutschland! Keine Wiedervereinigung“ hatten die meisten sozialistischen und antifaschistischen Gruppen, türkische und kurdische Organisationen und das Anarchistische Plenum aufgerufen. Antikolonialisten, Erneuerer und Grüne kamen nicht. — (jöd)

Aus Ländern und Gemeinden

Über 8 % des Schulunterrichts in Schleswig-Holstein fallen aus

Kiel. Nach einem Bericht der schleswig-holsteinischen Landesregierung fallen bis zu über 8 % des Schulunterrichts aus. Das sogenannte Stundenfehlverordneter Unterricht, der aufgrund fehlender Lehrer nicht stattfindet) ist im Landesdurchschnitt von 1,3 auf 2,5 % gestiegen. Hinzu kommt der Unterrichtsausfall als Folge von Lehrerkrankungen oder Fortbildung, der um gut ein Prozent auf 4,8 % stieg. An den Grundschulen wuchs das Stundenfehl von 1,4 auf 5,9 %, an den Hauptschulen von 2,3 auf 6,6 %. Mit der von ihr selbst verordneten Sparpolitik bei Planstellen und der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung ohne Neueinstellungen hat die SPD-Regierung diesen Zustand erzeugt. Bei Realschulen und Gymnasien ist der Ausfall noch gering. Hier beginnt die kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung erst im kommenden Schuljahr. Die Landesregierung macht noch eine zweite, für sie günstigere Rechnung auf. Durch neue, flexible Vorgaben für Klassengrößen wuchs das Stundenfehl dann an den Grundschulen von 1,4 auf 3,8 % und an den Hauptschulen von 2,3 auf 4,2 %. — (kag)

Polizeieinsatz bei Tourismusbörse

Westberlin. Zur Eröffnung der Internationalen Tourismusbörse (ITB) prügelte die Polizei Demonstranten, die gegen die südafrikanischen Stände protestierten, aus den Messehallen. Zuvor bildeten 1000 Menschen eine Kette gegen die Teilnahme Südafrikas an der ITB, darunter der Regierende Bürgermeister Momper. Auch der AL/SPD Senat hat die Teilnahme Südafrikas nicht verhindert. Während Momper vor den Messehallen sich zeigte, demonstrierten nach einer Kundgebung ca. 100 in den Messehallen. Aufsichtspersonal und Polizei versuchten, diese Proteste zu verhindern. Gerufen wurde u.a. „Mörder und Rassisten werben um Touristen“. Proteste lagen geschnipst am Boden. — (emm)

Mieterverein stellt Programm gegen die Wohnungsnot auf

München. Der Mieterverein München e.V. — mit über 32000 Mitgliedern größter Mieterverein — hat in den letzten Monaten über 40000 Unterschriften für einen „Münchner Mieterschutzbund“ gesammelt. Die Wiederherstellung der Wohnungsgemeinnützigkeit wurde darin auch gefordert. Am 3. März demonstrierten über 7000 Mieter aus München, Oberbayern, Augsburg, Nürnberg und Fürth auf dem Münchner Marienplatz für den Erhalt der Wohnungen der Neuen Heimat-Bayern als preiswerte, bezahlbare Mietwohnungen. Die NH-Mieterinitiativen werden jetzt von beiden Mietervereinen in München unterstützt. Kurz vor den Kommunalwahlen hat der Mieterverein einen Zehn-Punkte-Katalog „Gegen die Wohnungsnot“ vorgelegt, was den Haus- und Grundbesitzerverein gleich zu schweren Angriffen veranlaßte. Der Mieterverein diene sozialistischen Zielen, aber keineswegs den Mietervereinen, wenn er eine Wohnungsgewerbe in Form der Mietbindung sowie eine Verschärfung der Miet-, Steuer- und Bodenrechts fördere. — (wof)

ALL plant Anträge zum kommunalen Haushalt

Konstanz. Am 22. März soll der Kommunalhaushalt vom Gemeinderat abgesegnet werden. Geht es nach dem Willen der vom konservativen OB Eickmeyer geführten Verwaltung, wird erneut ein Zahlenwerk verabschiedet, das es der Stadt erlaubt, den reaktionären Kurs fortzusetzen. Der Gebührenhaushalt soll steigen, bei kommunalen Leistungen der Rotstift angesetzt, beim Personal rationalisiert werden. Statt Prioritäten im sozialen Wohnungsbau zu setzen, plant die Stadt wieder Rekordausgaben für Luxussanierungen, die Konstanz fürs große Geld attraktiv machen sollen. Die Alternative Linke Liste will eigene Anträge zum Haushalt stellen. Sie fordert die Senkung der Gebührenlast und den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. — (jüg)

Protest gegen Fahrpreiserhöhungen

Hannover. Mit Flugblattaktionen in der ganzen Stadt protestierten am 1. März dieses Jahres der Verkehrsclub Deutschland und die Grünen gegen die an diesem Tag in Kraft getretenen Fahrpreiserhöhungen bei der ÜSTRA. Beide Organisationen fordern eine übertragbare und billige Umweltfahrkarte, damit die Autofahrer in öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Der Verkehrsclub Deutschland fordert darüber hinaus die kostenlose Beförderung von Kindern, die Grünen zudem eine Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs sowie die Drosselung des Straßenbaus in Hannover. — (ibm)

Essen: ÖTV-Kritik am städtischen Haushalt

Essen. Ende Februar hat der Essener Stadtrat den Haushalt 1990 verabschiedet. Kurz vorher hat auch die Gewerkschaft ÖTV eine Stellungnahme abgegeben, die nach wie vor wichtige Kritikpunkte an der Politik der Haushalt „Konsolidierung“ enthält. Die ÖTV wendet sich vor allem gegen den angestrebten Abbau von insgesamt 1440 Stellen. Der Anteil der Personalkosten am Verwaltungshaushalt, der 1980 bei 36,5 % lag, soll 1990 auf 29,8 % gedrückt werden. Der Personalabbau führt schon jetzt zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen und wird den Abbau von Versorgungsleistungen der Stadt nach sich ziehen. Die ÖTV fordert stattdessen eine Anhebung des Gewerbesteuersatzes auf 450 %. Sie weist darauf hin, daß die Kapitalisten durch die Senkung der Körperschaftsteuer trotzdem noch steuerliche Vorteile hätten. Im übrigen hat die Stadt in den letzten Jahren Wirtschaftsförderungsprojekte wie den Innenstadtausbau und den Bau eines neuen Theaters für 120 Mio. DM finanziert, während die Gewerbesteuereinnahmen sanken: Sie betrugen 1985 noch 516,9 Mio. DM (29,7 % der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes) und sollen 1990 noch bei 478 Mio. DM liegen (23,5 %). Auch wenn die Forderung nach Erhöhung der Gewerbesteuer im Stadtrat keine Unterstützung fand, bleibt sie also wichtig. Erschwert wird ein Bündnis gegen die „Konsolidierungs“-politik allerdings dadurch, daß die ÖTV die vom Regierungspräsidenten angetragene Forderung nach Einführung einer Getränkesteuer unterstützt. — (wof)

Verwaltungsreformkonzept beschlossen

SPD-Landesvorstand für Dezentralisierung der Verwaltung bei Zentralisierung der Kontrolle

Hamburg. Am 1. März hat der Landesvorstand der Sozialdemokraten ein Konzept für die Reform der hamburgischen Verwaltung beschlossen. Wenn der Vorschlag vom Parteitag Ende März unterstützt wird, tritt die seit nunmehr zehn Jahren diskutierte Reform in eine entscheidende Phase. Bis zum Sommer soll sie dann in die Bürgerschaft zur Beratung und Beschlusstafung eingebracht werden.

Die derzeitige hamburgische Verwaltungsstruktur ist ins Kreuzfeuer der Kritik vor allem der Kapitalisten geraten, weil z.B. ihren Wünschen nach Grundstückszuweisungen oder Baugenehmigungen für Investitionsvorhaben nicht schnell und flexibel genug nachgekommen wurde. Die Ursache dafür sehen sie zum einen in der mehrstufigen Struktur des Verwaltungsapparats, bei der etwa eine Baugenehmigung nicht von der Stelle entschieden wird, bei der sie vor Ort beantragt wird, sondern erst mehrere Instanzen im Bezirk und bei der zentralen Baubehörde durchlaufen muß. Ein besonderer Dorn im Auge ist ihnen zudem, daß bei der Behandlung von Bebauungsplänen in den Bezirksversammlungen zunehmend die Interessen des Umweltschutzes und der betroffenen Wohnbevölkerung in Konkurrenz zu ihren Investitionsplänen treten. Zwar

hat der Senat in den meisten Fällen ihren Interessen Geltung verschafft, indem er die Entscheidung mittels seines „Evokationsrechts“ an sich gezogen hat, die Auseinandersetzungen kosteten jedoch jedesmal Zeit und politische Reibungsverluste, die sich in einem Erstarken der Bürgerinitiativbewegung und z.B. der GAL als deren parlamentarische Arm ausdrückten.

Das angeführte Beispiel zeigt schon, daß eine Veränderung lediglich der äußeren Struktur der Verwaltung die angestrebten Wirkungen nicht entfalten würde. Folgerichtig ist in der Diskussion jetzt ein ganzes Paket von Reformprojekten geschnürt worden. Im Januar wurde dem Senat ein Referentenwurf vorgelegt, der die Diskussion der vorhergehenden Monate auswertet und auch Grundlage für den Beschuß des SPD-Landesvorstandes war. „Den inhaltlichen Schwerpunkt ... bilden Folgerungen für eine Reform der Hamburgischen Verwaltung, Kernpunkte des Konzepts für die Bezirksreform und Überlegungen zur Verfassungsreform. Mit dem Konzept werden insbesondere Anregungen von Handels- und Handwerkskammer, Deutscher Angestellten-Gewerkschaft und Deutschem Beamtenbund aufgegriffen ... Die Vorschläge ... basieren auf der Feststellung, daß

die derzeitigen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen den Anforderungen einer hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft unter sich rasch verändernden Rahmenbedingungen nicht genügen ...“ (Mitteilungen der Staatlichen Pressestelle vom 22.1. 1990).

Im Ergebnis kommt heraus, daß allen Bestrebungen nach mehr Demokratie, mehr kommunalen Einflußmöglichkeiten der Bevölkerung auf Stadtteilebene eine Absage erteilt wird zugunsten der Stärkung des Zentralismus und des Einflusses der Kapitalisten auf die Verwaltung. Es bleibt die Einheitsgemeinde, die auf das faschistische „Groß-Hamburg-Gesetz“ von 1937 zurückgeht. Die Bezirke werden keine kommunalen Rechte erhalten. Sie werden auf bis zu 14 vermehrt, die Bezirksverwaltung wird mehr Kompetenzen der zentralen Fachbehörden übernehmen, der Einfluß der Bezirksparlamente („Bürgerversammlungen“) darauf wird jedoch vermindert: Werden die Bezirksamtsleiter bisher von den Bezirksversammlungen gewählt, so sollen sie künftig vom Senat eingesetzt werden ... „Eine Mitwirkung (der Bürgerversammlungen) an Angelegenheiten der laufenden Verwaltung findet nicht statt.“ Größeren Einfluß auf die Verwaltung sollen die Kapitalisten erhalten. Bereits 1986 hat der (damals noch SPD)-Senat in einer Mitteilung an die Bürgerschaft über die „Effektivitätssteigerung der Verwaltung“ verschiedene Maßnahmen zur inneren Reform des Staatsapparats angekündigt, zu denen neben Entflechtung der Strukturen, Abbau der Regelungsbelaistung, verstärkter Nutzung betriebswirtschaftlicher Steuerungsmethoden und Rationalisierung durch EDV-Einsatz vor allem die Entwicklung der Personalführung und Ausrichtung der Führungskräfte auf „wirtschaftliches Denken“ gehört. Unter anderem soll ein „Personalaustausch mit der Wirtschaft“ zur Orientierung auf die politischen Ziele

... Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Hamburg, — die ökologische Modernisierung des Industriestandortes Hamburg ... , — die Konsolidierung des Hamburger Haushalts“ beitragen (BüDrs. II/5887 v. 4.3.86).

Dem starken Einfluß der Bürgerschaftsfraktionen auf den Senat durch die Direktwahl aller einzelnen Senatoren in ein Kollegialorgan Senat soll ein Ende bereitet werden, indem der Erste Bürgermeister wie die Länder-Ministerpräsidenten mit Richtlinienkompetenz ausgestattet werden soll und sich seine Senatoren selbst aussuchen kann. — (ulj)

Philips in Hamburg



Philips, Daimler-Benz/MBB und Lufthansa sind die Konzerne, denen der Hamburger Senat — neben Subventionen in dreistelliger Millionenhöhe — auch alle Rechte der Bezirke opfert.

Positive Erfahrungen mit Wahlbündnissen

Einig über Notwendigkeit einer demokratischen und antikapitalistischen Alternative

Stuttgart. Beachtliches Interesse fand am 24. Februar ein Treffen von Vertreterinnen und Vertretern linker, alternativer Kommunalwahlbündnisse in Baden-Württemberg. Dreizehn solcher Bündnisse hatte es mit Beteiligung der DKP gegeben. Eingeladen zu dem Treffen hatten BWK, DKP, MLPD und VSP. Vertreten waren etwas mehr als zwanzig Leute aus den Orten Stuttgart, Heilbronn, Wiesloch, Weinheim, Freiburg und Konstanz; an Organisationen waren vertreten: BWK, DKP, MLPD, Volksfront und VSP. Von BWK, DKP und VSP waren auch die Bundesvorstände vertreten.

Übereinstimmend wurden die Wahlbündniserfahrungen als positiv und wertvoll für einen notwendigen Neuförmigungsprozeß unter den demokratischen und Linkskräften bezeichnet, deren verstärktes gemeinsames Handeln angesichts der massiven Bestrebungen des Kapitals und seiner Parteien nach einem imperialistischen Großdeutschland um so drängender wird. Ausnahmslos alle beim Treffen vertretenen Bündnisse arbeiten auch nach den Wahlen weiter. Die Wahlbündniserfahrungen zeigen: Es ist viel in Bewegung gekommen. Die relative Stärke des Imperialismus, seine umfassenden Pläne, mit EG '92 die Rahmenbedingungen zur Profitmaximierung zu verbessern, und das Ziel, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zum Jahrhundertge-

schäft für das Kapital zu machen, erhöhen den Handlungsdruck auf die Linkskräfte. Die Einsicht wächst: Diese Prozesse können nur gebremst und gestoppt werden, wenn, unabhängig von nach wie vor bestehenden Differenzen, die inhaltliche und aktionsorientierte Annäherung unter den Linkskräften vorangetrieben wird.

Daß dies möglich ist, zeigen die Diskussions- und Annäherungsprozesse in Vorbereitung und während der Kommunalwahl, aber auch darüber hinaus.

In wichtigen Fragen wie zum Beispiel im Antifaschismus, in der notwendigen antikapitalistischen Orientierung, in der betrieblichen Orientierung, in der Orientierung vor allem auf den außerparlamentarischen Kampf und weiteren Fragen konnte Übereinstimmung erzielt werden. Dies war möglich, weil alle Kräfte nicht das Trennen in dem Mittelpunkt stellten, sondern auf der Suche nach gemeinsamen Berührungspunkten diese auch fanden.

Alle waren sich einig, daß ein wentslicher Beitrag der Alternativen und Linken Listen das Therapieren der neonazistischen Gefahr und die antifaschistischen Aktionen, unter anderem gegen die Wahlzulassung neonazistischer Organisationen, war. Darauf soll auch perspektivisch ein Hauptgewicht gelegt werden. Das Auftreten der Reps in den Gemeinderäten, ihre unsozialen, ausländerfeindlichen Forderungen und

Anträge, wie z.B. in Stuttgart, wo sie die Vergabe von städtischen Wohnungen auf Deutsche beschränken wollen, sollen angeprangert und mit entsprechenden Aktivitäten beantwortet werden.

Einig waren sich alle, daß gerade wegen der antifaschistischen Aktivitäten ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch notwendig wäre. Doch dafür gab es auch noch weitere gewichtige Gründe, unter anderem das Eingreifen in die Tarifauseinandersetzungen und die Notwendigkeit, die kapitalistische Einverleibung der DDR zu bremsen, auch zu verhindern. Deshalb beschlossen alle Anwesenden, bei Enthaltung des MLPD-Vertreters, folgende Entschließung, die an den Parteitag der DKP und andere Organisationen gerichtet werden soll:

„Die Versammelten wollen sich in die Bundestagswahl 1990 mit einer Kandidatur gegen eine Politik einbringen, die schlagwortartig mit dem „Streben nach einem imperialistischen Großdeutschland“ umschrieben ist.“

Die Versammelten ermuntern die DKP und andere Organisationen, wie z.B. die Radikale Linke, zu einer Beteiligung wie auch zu einem inhaltlichen Klärungsprozeß, in dem eine Kandidatur die Breite antifaschistischer und antikapitalistischer Kräfte mobilisieren kann.“

(Gisela Sprenger-Schoch, DKP)

Güneydogu Anadolu Projesi (GAP): Südostanatolien-Projekt

Plünderung Nordwestkurdistans zur Lösung der Wirtschaftsmisere in der Türkei? / Soziale Umwälzungen zur Lösung der „Kurdenfrage“?

Als im Februar 1988 die Verfolgung in der BRD lebender Kurden und Kurden mit der Verhaftungswelle von Sympathisanten und Mitgliedern der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte, haben sich bundesweit Solidaritätsgruppen gebildet, die die Hintergründe für die Eröffnung der „zweiten Front“ in der BRD gegen die führende Kraft im nationalen Befreiungskampf Kurdistans, gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), genauer untersuchen wollen. Die traditionsreichen deutsch-türkischen Beziehungen sind die Basis für die Zusammenarbeit gegen den immer stärker werdenden kurdischen Befreiungskampf. Nicht genug damit, daß die BRD

dem Nato-Partner Türkei hohe Militärhilfe und militärisches Gerät gewährt, das auch im Spezialkrieg gegen das kurdische Volk zur Anwendung kommt, seit Oktober 1989 führt die BRD in Gestalt der Bundesanstalt für Wirtschaft und Technik mit dem § 129a einen Prozeß gegen Mitglieder der Befreiungsbewegung Kurdistans. Diese zweite Front gegen die PKK hat sich die BRD einiges kosten lassen. Der umgebaute Prozeßbunker hat mit seinen gigantischen Sicherungsvorkehrungen über sieben Millionen Mark gekostet. Dem Nato-Partner USA mißfällt inzwischen das Schwingen der „eisernen Faust“ gegen die kurdische Bevölkerung. Er empfiehlt mit Nachdruck die Einführung einer kulturellen Autonomie.

Diese Maßgabe steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erstarken des Befreiungskampfes, denn die Guerilla operiert heute schon in Bataillonsstärke (wie ein hoher türkischer Militärführer zugeben mußte) mit 300 Freiheitskämpfern, und es beginnt die Phase, in der sich die Bevölkerung zu organisieren beginnt. Da könnte die Installierung einer Kulturoptik und die vorgegaukelte Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch das GAP-Projekt eine gute Möglichkeit sein, um eine weitere Sich-Verankern der Befreiungsbewegung für ein unabhängiges Kurdistan zu verhindern und langfristig wirkende soziale Umwälzungen vorzunehmen. — (FreundInnen des kurdischen Volkes Gülen)

Was ist GAP? — eine kurze Projektbeschreibung

Das von führenden Vertretern des türkischen Staates häufig als wirtschaftlich-soziales Projekt bezeichnete GAP gliedert sich in mehrere Teilprojekte. Neben den drei großen Staudämmen Keban, Karakaya und Ataturk umfaßt es noch 18 weitere Dämme und 17 Kraftwerke an Euphrat und Tigris. Es erstreckt sich auf ein Gebiet von der doppelten Größe der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Saarland zusammen. Die Stauseen sollen 16000 Quadratkilometer Land bewässern. Ein ausgedehntes Bewässerungssystem mit Pump- und Tunnelanlagen soll zu diesem Zweck errichtet werden.

Das GAP-Gebiet betrifft die sechs kurdischen Provinzen Adiyaman, Urfa, Mardin, Siirt, Diyarbakir und Gaziantep. In den siebziger Jahren wurden die bereits in den dreißiger Jahren getätigten Planungen zu einem gigantischen Projekt ausgeweitet. Die Umsetzung

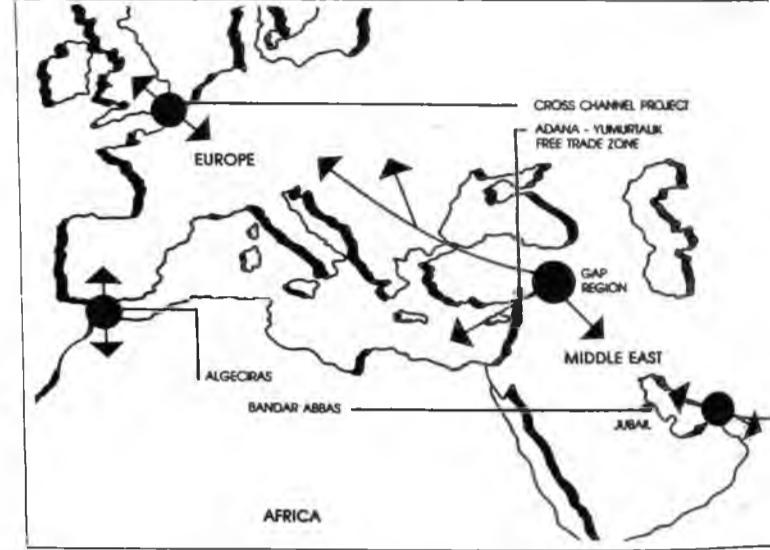
begann aber erst Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre.

Heute leben etwa 4,5 Millionen Menschen in der GAP-Region. Nach der Fertigstellung sollen es zwölf Millionen sein. Japanische und US-amerikanische Experten haben eine ausführliche Studie, den Masterplan, erarbeitet. Zum ersten Mal wurden genaue Daten über die ökonomischen, politischen, religiösen und soziologischen Strukturen der bis dahin total vernachlässigten kurdischen Region gesammelt.

Das gesamte Projekt untersteht direkt der staatlichen Planungsorganisation (DPT) und den staatlichen Wasserwerken (DSI). Inzwischen befinden sich die Planungen für die Investitionssumme auf über 40 Milliarden DM. 1,5 Milliarden DM wurden bisher ausgegeben. An den Staudammbauten waren bisher maßgeblich ein Schweizer Banken-Konsortium und die schweizerische Maschi-

nenindustrie beteiligt. Für die Ataturk-Anlage ist es dem Elektrokonzern Brown, Boveri & Company AG (BBC) — jetzt ABB, Mannheim —, Elektrowatt und Escher-Wyss von der Sulzer-Gruppe gelungen, den Großauftrag in Höhe von über einer Milliarde DM gegen die bundesdeutsche Konkurrenz an Land zu ziehen. Recht bescheiden nehmen sich dagegen die 100 Millionen DM aus, die die Fa. Noell vom bundesdeutschen Salzgitter-Konzern ergatterte.

Die hohe Investitionssumme und die gigantischen Planungen lassen ahnen, wie groß die Möglichkeiten für Firmen wie Siemens, MAN, Bayer, Hoechst, AEG, Lahmeyer International und Dutzende andere Firmen und Unternehmen demnächst sein werden. Türkische Regierungsvertreter umwerben die Banken und Industrie ständig, auf daß die Deutschen in eines der größten Projekte der nächsten hundert Jahre investieren.



GAP als Ergänzung des „Großraum Europa“: Schaubild der türkischen Planungsorganisation DPT zur geostrategischen Bedeutung des GAP-Projekts

Brotkorb für Nahost — Zweites Standbein der monetaristischen Wirtschaftspolitik

Im Juni 1980, kurz vor dem 12. September-Putsch, mußte die Türkei wegen der absolut desolaten Wirtschaftslage die harten Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) annehmen. Kurzzeitig ist es der monetaristischen, auf Export orientierten Wirtschaftspolitik gelungen, die Zahlungsfähigkeit der Türkei zu beheben und den Export zu steigern. Aber dies war nur ein Strohfeuer. Nach nun knapp zehn Jahren versuchter „Realisierung“ des IWF-Forderungskatalogs sind die katastrophalen Auswirkungen dieses Sanierungsmodells der türkischen Wirtschaft offensichtlich, denn der Export läßt sich wegen der fehlenden landwirtschaftlichen und industriellen Kapazitäten nicht beliebig ausweiten.

Heute leben 30 Prozent der Familien unterhalb der Armutsgrenze. Wenn offizielle Zahlen schon von 20 Prozent Arbeitslosen sprechen, dann kann man sich in etwa vorstellen, wie es den Massen in der Türkei geht. Massenstreiks sind die Antwort auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen. Vor diesem skizzierten Hintergrund ist zu verstehen, warum das GAP-Projekt so beschleunigt wird, um durch Export aus der Misere herauszukommen.

Ausbau der agroindustriellen Wirtschaft

Kurdistan ist trotz seiner reichen Bodenschätze — Erdöl, Kupfer, Kohle — bis zum Anfang der achtziger Jahre nicht systematisch ausgeplündert worden. Die Versorgung mit Energie, fließendem Wasser und die medizinische Versorgung zeigen ein deutliches Gefälle von West nach Ost. Seit Gründung der Türkischen Republik 1923 wurde Kurdistan als Kolonie in erster Linie mit der „Peitsche“ unter Kontrolle gehalten. Jetzt soll dem kurdischen Volk ein dickes Zuckerbrot gereicht werden. Durch GAP soll die Kolonie auf elegante, weniger Aufsehen erregende Art und Weise an die Kolonialmacht gebunden werden.

Mit einer bis zu fünfzehn Steigerung der Agrarproduktion durch das Bewässerungssystem sind Gemüse und Obstexporte in erster Linie in den Nahen Osten, aber auch in die EG geplant. In der Vergangenheit bewirtschafteten die Bauern das Land, fruchtbaren Lößlehm Boden, in kleinen und mittleren Parzellen. (Ein paar wenige Zahlen verdeutlichen die Lage der Bauern: etwa 45 % sind landlos; weniger als ein Prozent besitzt etwa 20 % des Landes in der GAP-Region; über 60 % besitzen weniger als 25 dekar Boden). Durch GAP soll eine großflächige Nutzung mit modernen Maschinen und

Kunstdüngern eingeführt werden, um optimale Ernteerträge zu erzielen.

In der neuen und mechanisierten Landwirtschaft sollen die Arbeitsplätze Landarbeitern und Agrarspezialisten aus der Westtürkei vorbehalten bleiben, Leuten, die „lesen und schreiben können“, die mit Kunstdüngern, Pestiziden und Maschinen umgehen können.

Ziel der Agrospezialisten ist es, die türkische Baumwoll-, Mais- und Reisproduktion mindestens zu verdreifachen. Verstärkt sollen Sojabohnen, Avocados, Zitrusfrüchte, Wintergerste und Erdnüsse angebaut werden. Das Hauptaugenmerk liegt auf Baumwolle. Schon heute steht die Türkei an siebter Stelle der Weltbaumwollproduktion. Zur maximalen Ausbeutung des fruchtbaren Landes werden Monokulturen angestrebt. Auch gesteigerte Rinder- und Schafzucht mit großer Milch- und Fleischausbeute ist vorgesehen.

Im Oktober 1989 fand im Zentrum der zukünftigen landwirtschaftlichen Produktion eine internationale Landwirtschaftsmesse mit dem schillernden Namen Agro-GAP statt. Ziel dieser Ausstellung war, Investoren hauptsächlich aus Westeuropa vor Ort auf den Geschmack zu bringen.

Ansiedlung von verarbeitender Industrie

In der neuen Ackerbauregion soll eine verarbeitende Industrie mit modernem Marketing und Management angesiedelt werden: Bau von Fabriken, Kühl- und Lagerhallen ... Ein Schnellstraßenetz wird nicht nur die Vegetationsdecke weiter zerstören, sondern aus dem noch unberührten Flecken Erde ein Ballungszentrum moderner Technologie innerhalb einer der ältesten Kulturlandschaften machen. Die Zauberformel der Zukunft, mit der die Kurden weiter in Abhängigkeit gehalten werden sollen, heißt nicht mehr Militär und Polizei, sondern technischer Fortschritt.

Das monetaristische Sanierungsmodell zeigte zunächst tatsächlich Erfolge. Die Inflation war durch die rigorose Kontrolle der Geldmenge, die Ausrichtung der Wirtschaft auf Export und durch die Senkung der Staatsausgaben massiv gedrückt worden. Gleichzeitig konnte eine hohe Wachstumsrate erzielt werden, so daß man durchaus von einer wirtschaftlichen Belebung sprechen kann. Daß die Durchführung mit staats-terroristischen Mitteln erfolgte, ist hinreichend bekannt. Auf der Basis des Erfolges sollte GAP gebaut werden. Mit GAP sollte die monetaristische Ausrichtung der türkischen Wirtschaft weiter gefestigt werden, denn mit GAP wurden wichtige Forderungen des IWF

erfüllt:

- Ausbau der heimischen Energieproduktion
- Ausbau der devisenbringenden Produktions- und Dienstleistungsbereiche, insbesondere des Tourismus
- Verbesserung der Bedingungen für ausländische Kapitalbeteiligungen und Finanzniederlassungen in der Türkei.

GAP soll mit Hilfe des monetaristischen Programms die türkische Wirtschaft derart stabilisieren, daß die Türkei sich von einem „Entwicklungsland“ zu einem „Schwellenland“ be-

wegen kann. Doch nach den anfänglichen Erfolgen stellte sich Mitte der achtziger Jahre eine heftige Stagnation ein. Finanzierungsprobleme und Kritik aus kapitalistischen Kreisen hemmten den Fortgang des Projekts. Die Weltbank stellt keine Kredite frei, weil sie die Nachbarländer Irak und Syrien dadurch gefährdet sieht, daß die Türkei die Kontrolle des Euphrats und Tigris inne hat. Deshalb soll erst einmal auf kleiner Flamme weitergekocht werden. Zunächst soll das Hydroelektrizitätswerk des Ataturk-Staudamms mit der

Energieproduktion beginnen. Durch die Fertigstellung des Urfa-Tunnels soll zunächst nur die Harran-Ebene bewässert werden.

Die Wirtschaftskrise hat sich trotz dieser hochfahrenden Pläne in den vergangenen Jahren drastisch verschärft. Ein Zusammenbruch muß mit allen Mitteln verhindert werden. So soll mindestens durch die Realisierung der genannten Teilbereiche des GAPs das zweite Standbein der türkischen Wirtschaft stabilisiert werden, bevor das erste zusammenbricht.

GAP als Befriedungsprojekt: die elegante Art der Zerschlagung des Befreiungskampfes

Mit dem Masterplan wurde zum ersten Mal für kurdisches Gebiet eine ausführliche Datenbank über soziologische, politische, religiöse Strukturen angelegt. Dadurch wird eine andere Stoßrichtung des Projektes offensichtlich. Das umfangreiche Material dient der Entwicklung von „Low-Intensity-Strategien“. Der Befreiungskampf soll die Zerstörung der kurdischen Bevölkerung und der Kulturlandschaften verhindern.

Die revolutionäre Bewegung hat sich im letzten Jahrzehnt in Nordwestkurdistan in rasantem Tempo entwickelt. Eine breite Bevölkerungsschicht sympathisiert mit dem Befreiungskampf für ein unabhängiges Kurdistan. Das Hauptkampfgebiet der Guerilla ist das Cudi-Hochgebirge, das sich unmittelbar an die östliche GAP-Region anschließt. Die großangelegte Entvölkerung dient also nicht nur dazu, die Menschen vor der Überflutung in Sicherheit zu bringen, sondern auch dazu, das Sympathisantenpotential für den Befreiungskampf zu verringern. Daß diese Absicht tatsächlich dahintersteckt, wird daran deutlich, daß Bewohner aus der GAP-Region auf die 1500 Kilometer entfernte Dardanelleninsel Gökceada und in die Westtürkei zwangsumgesiedelt wurden und werden sollen.

Die Menschen scheinen bereits erkannt zu haben, daß sie von dem Kuchen GAP nicht viel abbekommen werden. Der Bürgermeister der Stadt Harran an der türkisch-syrischen Grenze drückt diese Erkenntnis aus: „Das GAP-Projekt wird nicht für uns gemacht. Schau dich doch um, Harran ist bettelarm. Niemand kann es sich leisten, seine Kinder auf die Schule zu schicken. Wenn das Projekt fertig ist und die Felder bewässert werden, dann werden sie von irgendwo Ingenieure holen, die das große Geld verdienen, und wir bleiben Tagelöhner.“

Daß sich diese Prognose erfüllen wird, zeichnet sich bereits in der Stadt Urfa ab. Vom versprochenen Wohlstand ist nichts zu sehen. Im Sommer 1989 wurde die Stadt von der Cholera heimgesucht. Vor der Großen Moschee versammelt sich ein Heer von Tagelöhner. Größtenteils handelt es sich um ehemalige Bewohner von Dörfern, die jetzt vom Stausee überflutet sind. Im GAP-Gebiet gibt es laut Masterplan 3551 Dörfer und 1538 kleinere Ansiedlungen. Der größte Teil davon soll aufgelöst und in zentralen und leicht kontrollierbaren Wehrdörfern neu geordnet werden. Damit soll ein uralter Plan Ecevits umgesetzt werden, der neben der Zusammenfassung der Kurden die gleichzeitige Ansiedlung von Türken aus der dicht besiedelten Schwarzwälder Region vorsieht.

Ein anderer Teil der Menschen wird in die nächsten Städte wie Bozova, Urfa, Adiyaman, Mardin, Diyarbakir oder Siverek ziehen müssen. Dort werden sie zu Tagelöhner degradiert, zu Gelegenheitsarbeiter wie Schuhputzern oder Autowäschern ... Die einkalkulierten Schattenseiten von GAP heißen Gecekondu (Slums), Krankheiten wie Epidemien, Vereidigung, Prostitution ... Etwa 70 Prozent des Landes ist Staatseigentum, die restlichen 30 Prozent gehören zum größten Teil den Großgrundbesitzern. Bei den herrschenden halbfeudalen, halbkapitalistischen Besitzverhältnissen werden durch die Umstellung der Produktionsmethoden und Einführung neuer Produktionsmittel wie Großraummaschinen die Verhältnisse zugunsten der Großgrundbesitzer verschoben.

Bedenkt man, daß mehr als 90 Prozent dieser Klasse der Vorteile wegen mit der türkischen Kolonialmacht kollaborieren, so erhält man eine kleine Ahnung davon, was soziale Umwälzung

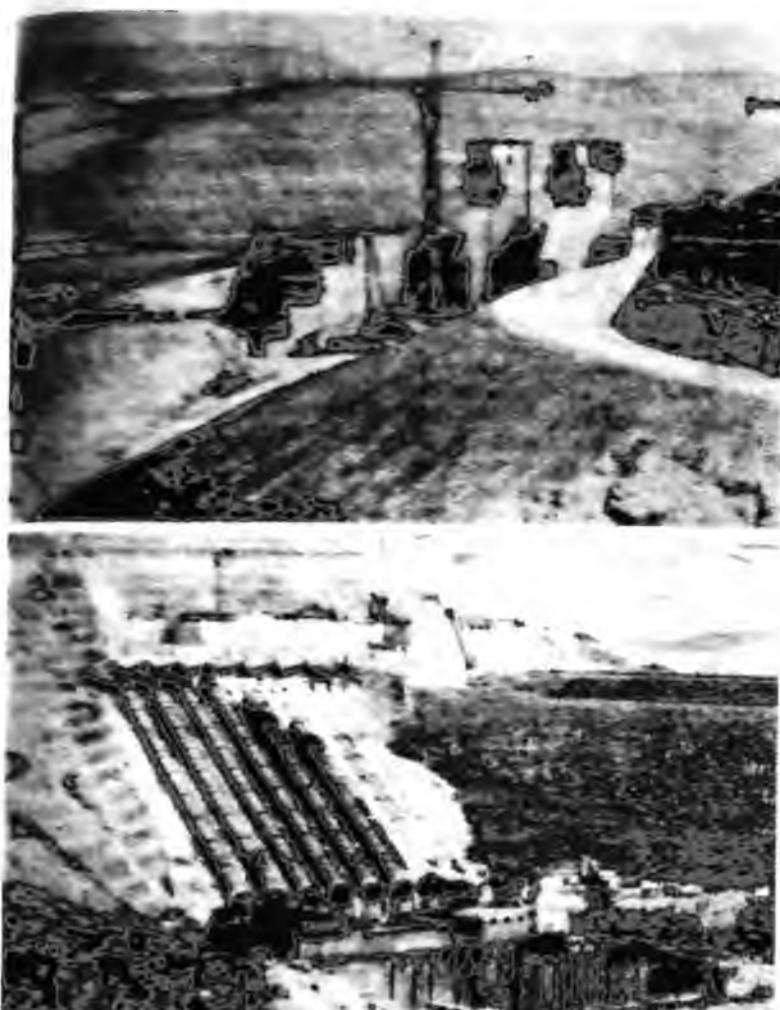
heißt. Die kurdische herrschende Klasse stützt ihre Existenz auf das Fortbestehen des Kolonialismus.

Die kurdische Revolution leitet ihren Charakter aus dem nationalen Widerstand und der Liquidierung der feudalen Strukturen ab. Die Kolonialmacht kennt den Grundkonflikt sehr genau. Deshalb soll die Basis ihrer Herrschaft, die kurdische Agha-Klasse, aufrecht erhalten werden.

Die bewußte Unterentwicklung des „Ostens“ und die gewaltvolle Unterdrückung konnten den Ausbruch des nationalen Befreiungskampfes nicht verhindern. Aus diesem Grund wurde die bisherige Strategie der „Unterentwicklung“ aufgegeben. GAP soll der Befreiungsbewegung die Grundlage nehmen. Mit der Einrichtung von GAP soll ein Kontrollnetz über Kurdistan gelegt werden, damit der Befreiungsbewegung die Luft zum Atmen entzogen wird. Gleichzeitig sichert man sich durch dieses Entwicklungsprojekt die reichen Ressourcen des kurdischen Landes.

Zu der sozialen Umwälzung gehört auch, daß ein Strom von etwa acht Millionen Menschen aus der Westtürkei in die Region fließen soll. Damit soll der Grundstein für eine nachhaltige Assimilation des kurdischen Volkes, das gerade begonnen hat, sich mutig zu seiner Identität zu bekennen, gelegt werden.

Neben der teilweisen Entvölkerung des GAP-Gebietes, neben der Ansiedlung von Türken aus der Westtürkei, neben der Einrichtung eines GAP-Forschungsprogramms für die sanfte Assimilation laufen noch andere politische Programme wie die Forderungen islamischer Fundamentalisten und die Schürung von konfessionellen Konflikten, vor allem am westlichen Rand des GAP-Gebietes, wo die meisten Kurden Alewiten sind.



Staudammprojekte im Rahmen des GAP. Aus: Medico Report 7: GAP

Der Staudamm: Ökologische Katastrophe auf Raten

Bisher wurden die ökologischen Auswirkungen auf das Natursystem der GAP-Region bewußt nicht untersucht. Das bedeutet, daß die Imperialisten, in deren Gefolge die „Experten“ der staatlichen Planungskommission in Ankara stehen, aus den bereits nicht wiedergutzumachenden Fehlern vorangegangener Staudammprojekte wie dem Assuan-Hochstaudamm in Ägypten, dem Indrawati-Projekt in Indien oder dem Sobradinhodam in Brasilien nicht lernen wollen. Ihr Interesse konzentriert sich auf den Nutzen durch die großflächige Kultivierung des Bodens mit Hilfe von Bewässerungssystemen und auf die Energiegewinnung.

Messungen am Keban-Stausee haben bereits eine Klimaveränderung durch den Anstieg der Luftfeuchtigkeit wegen der erhöhten Verdunstung ans Licht gebracht. Die Durchschnittstemperatur hat sich erhöht, die Niederschläge haben zugenommen. Bei bestimmter Wetterlage ist dort ein bisher unbekanntes Phänomen zu beobachten: es kommt zu Nebelbildung. Der Keban-Stausee aber ist im Vergleich zur Gesamtplanung GAP ein verschwindend kleiner Teil des zu überfluteten Gebiets. Um wieviel mal größer und schwerwiegender mögen die negativen Auswirkungen auf das regionale Klima sein, wenn die geplante Fläche überflutet sein wird. Die Bewässerung von 16000 Quadratkilometer Land wird die Flora und Fauna nachhaltig verändern. Der Ausbau der Infrastruktur wird zusätzlich die Vegetationsdecke zerstören. Dadurch wird das Jagdrevier bestimmter Tierarten unterbrochen. Anderen Tieren

wird die Möglichkeit der freien Wanderung beschnitten.

Führende Wissenschaftler haben an anderen Staudammprojekten den ökologischen Wahnsinn differenziert aufgedeckt. Die beiden britischen Wissenschaftler Goldsmith und Hildyard legten 1985 eine mehrere hundert Seiten umfassende Studie vor, mit der sie eine Kampagne gegen „unsinnige“ und „zerstörerische“ Großprojekte starteten.

Es gibt sich mehrende Anzeichen dafür, daß Maßnahmen zur Kontrolle von Fluten, wie Dämme und Wälle, das Ausmaß von Überflutungen eher verstärken als abmindern. Da Dämme und bewässerte Landwirtschaft als Altheilmittel angesehen und Waldflächen an den Oberläufen der Flüsse häufig rücksichtslos abgeholt werden, können die Böden die Regenfälle nicht mehr aufnehmen. Die dünne Bodenkrume wird davongetragen und führt zu einer raschen Auffüllung der Dammbecken mit Ablagerungen. Die Dämme drohen in relativ kurzer Zeit, binnen weniger Jahrzehnte, durch diese Ablagerungen

zu stinkenden, Krankheiten (z.B. Bilharziose) produzierenden Sumpfen zu werden. Die verrottende überflutete Vegetation erhöht die Faulschlamm- und Faulgasbildung in Tiefenbereichen zusätzlich. An anderen Stauseen wurde eine Versumpfung und Versalzung überschwemmter Uferbereiche festgestellt.

Die mit dem Bewässerungs- und Energiegewinnungsprojekt verbundenen Ansiedlungen von Industriekomplexen werden zum Beispiel durch Emissionen aus den Fabrikschloten, durch die Einleitung von vergifteten Abwässern in den Fluß die Umwelt um ein Vielfaches belasten.

Der Assuan-Staudamm am Nil mit seinen ökologischen und sozialen Folgen für den Nutzungs- und Lebensraum der dort lebenden Menschen steht heute exemplarisch für die verheerenden Einflüsse von Staudammprojekten auf die Umwelt. Er wurde zum Symbol für den verantwortungslosen Umgang mit einem Natursystem. Die Schaffung eines zweiten Symbols dieser Art darf nicht zugelassen werden.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider.

Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher

Str. 7, Tel. 0221/21 1658 Konten: Postgiroamt

Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19.507 und

Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto.

Nr. 1144393600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.

Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbanden und Parteien: Martin Löffel; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küster.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen; Nachrichtenverbund baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen; Nachrichtenverbund bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik: AGS, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300

Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilagen, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis: Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S. 0,80 DM
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S. 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S. 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S. 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, Hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1. DM Postpauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czerninstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Döhnelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg. Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyer Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM. Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer! Weg mit den Ausländergesetzen!

Wahlrecht für Ausländer! Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blüte und Rassismus gehören schon immer zusammen/Recht auf politische Betätigung beseitigt/Aufenthaltsrecht: Differenzierung und Spaltung der Arbeitskräfte/Republikaner zum Ausländer- und Asylrecht/Die Integrationszusage/Asylrechtbestimmungen/CDU/CSU-Klage gegen das Kommunalwahlrecht/Stellungnahmen von DGB, Kirchen und örtlichen Aktionseinheiten

Hrsg.

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 36 Seiten, 3,50 DM

Zu bestellen bei: GNN-Verlag, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1

Wahlrecht für Ausländer!
Weg mit den Ausländergesetzen!

Bundesdeutsche Blü

